

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom
21. bis 25. April 1986 in Straßburg**

Während des Ersten Teils ihrer 38. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

Hierzu sprach Abg. Jäger (Wangen) (S. 4)

Politische Fragen

- Allgemeine Politik des Europarates — Fortschritte im europäischen Einigungswerk

Hierzu sprach Abg. Jäger (Wangen) (S. 19)

- Die Lage in der Türkei

Entschließung 860 (S. 22)

Hierzu sprach Abg. Fischer (Bad Hersfeld) (S. 21)

- Die libysche Krise

Hierzu sprachen die Abg. Berger (Lahnstein) (S. 19), Dr. Klejdzinski (S. 20)

- Ansprache des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres (S. 6)

Hierzu Fragen von Abg. Dr. Klejdzinski (S. 10), Büchner (Speyer) (S. 10)

- Ansprache des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Fred Sinowatz (S. 14)
Hierzu eine Frage von Abg. Büchner (Speyer) (S. 18)

Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen

- Die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den ethnischen Gemeinschaften in Europa
Empfehlung 1034 (S. 23), Richtlinie 428 (1986).
- Überalterung der Bevölkerung in Europa: Wirtschaftliche und soziale Folgen
Empfehlung 1035 (S. 27)
Hierzu sprachen die Abg. Böhm (Melsungen) (S. 24; 25), Jäger (Wangen) (S. 25)

Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen

- Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen in Europa
Empfehlung 1033 (S. 12)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 10), Dr. Rumpf (S. 11) und Dr. Frhr. Spies von Büllesheim (S. 11)

Kultur und Erziehung

- Die Gründung einer euro-arabischen Universität
Empfehlung 1030 (S. 6)
Hierzu sprach Abg. Dr. Müller (S. 5)
- Boxsport
Hierzu sprachen die Abg. Büchner (Speyer) (S. 13) und Dr. Müller (S. 13)

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und die Beschlußtexte sind nachstehend abgedruckt.

Die Versammlung wählte den französischen Senator Louis Jung zu ihrem Präsidenten und Abg. Gerhard Reddemann zum deutschen Vizepräsidenten. Der Ausschuß für Kultur und Erziehung wählte Abg. Dr. Müller erneut zu seinem Vorsitzenden.

Der satzungsgemäße Bericht des Ministerkomitees wurde ohne Aussprache vorgelegt (Drucksache 5550).

Zur Versammlung sprachen der israelische Premierminister Peres, der österreichische Bundeskanzler Dr. Sinowatz, der Generalsekretär des Europarates, Oreja, der irische Außenminister und amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees, Barry, der norwegische Außenminister Stray und der österreichische Außenminister Gratz.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung
nahm eine parlamentarische Delegation aus den Vereinigten
Staaten von Amerika teil.

Bonn, den 14. Mai 1986

Gerhard Reddemann

Sprecher

Dr. Karl Ahrens

Stellvertretender Sprecher

Montag, 21. April 1986

Tagesordnungspunkt:

Prüfung der Beglaubigungen

(Drucksache 5551)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung: Wir haben vor einigen Jahren das Fürstentum Liechtenstein in den Europarat aufgenommen. Wir hatten damals eine Reihe von Bedenken, u. a. deshalb, weil in **Liechtenstein das Frauenstimmrecht** noch nicht eingeführt war. Trotzdem haben wir die Aufnahme Liechtensteins damals durchgesetzt, und zwar in dem Vertrauen darauf, daß die Wähler dieses Landes das Frauenstimmrecht demnächst zu einem Bestandteil ihrer Verfassung machen würden.

Heute nun können wir zum erstenmal eine Frau aus Liechtenstein als Mitglied in unserer parlamentarischen Versammlung begrüßen. Wir dürfen feststellen, daß am Sonntag in den letzten drei Gemeinden Liechtensteins, die bisher noch kein Frauenstimmrecht hatten, das Frauenwahlrecht eingeführt worden ist.

Ich glaube, dies ist eine sehr gute Leistung, die nicht zuletzt unserer parlamentarischen Versammlung zugute gekommen ist. Ich meine, wir als Parlamentarische Versammlung des Europarates sollten dies durchaus zu würdigen wissen.

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

(Drucksache 5552)

Berichterstatter: Abg. Burger (Luxemburg)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Nachdem meine Vorredner Salz und Pfeffer zur Speise gegeben haben, möchte ich lieber wieder etwas zum Öl greifen.

Zunächst, Herr Präsident, darf ich Ihnen ganz herzliche Glückwünsche zu Ihrer so überzeugenden Wahl zum Präsidenten aussprechen; ich tue dies auch im Namen meiner christlich-demokratischen Freunde. Sie, Herr Präsident, haben als unser viele Jahre lang amtierender Schatzmeister zu einem der Prominentesten von uns gehört. Ich verbinde deswegen mit dem Glückwunsch, den ich hier ausgesprochen habe, zugleich den aufrichtigen und herzlichen Dank für diese langjährige aufopfernde Tätigkeit, die Sie bei uns vollbracht haben.

Einen herzlichen Dank möchte ich auch dem Präsidium sagen, das uns diesen Bericht vorgelegt hat. Ich möchte hier ganz besonders noch einmal den bisherigen Präsidenten dieser Versammlung, unseren Kollegen Karl Ahrens, hervorheben, über dessen außergewöhnlichen persönlichen Einsatz zur Durchführung der Arbeit des Präsidiums der vorliegende Bericht nur einen sehr nüchternen und sehr knappen Abriß gibt. Ich weiß, daß darüber hinaus vieles geschehen ist, was in diesem Bericht gar nicht enthalten ist. Man kann sicherlich ohne Übertreibung sagen, daß Karl Ahrens dem Präsidium und seiner Arbeit in einem ganz außergewöhnlichen Maß seinen Stempel aufgedrückt hat.

Die Erfolge, die das Präsidium in dem abgelaufenen Berichtsjahr erzielt hat, sind umfangreich. Ich möchte hier nur stichwortartig auf die Entwicklung in der Türkei hinweisen, die unseren Wünschen immer stärker Rechnung trägt. Das konnten Sie bei der Lektüre des uns vorliegenden Berichtes sehen, der ja noch beraten wird. Oder denken Sie an die Entwicklung in Malta. Da ist es gelungen, wieder eine vollständige Delegation aus Malta hier in unserer Versammlung zu haben.

Diese Aktivitäten zeigen den Weg, der auch in Zukunft beschritten werden muß. Der Wortwechsel über **Zypern**, der am Anfang dieser Debatte gestanden hat, zeigt uns, wo einer der neuralgischen Punkte ist, den ich das Präsidium mit ganz besonderer Aufmerksamkeit zu betrachten bitte. Wir müssen versuchen, im eigenen Haus Ordnung zu schaffen, ehe wir uns den Problemen der großen, weiten Welt zuwenden. Zypern ist ganz sicher eine der wichtigsten äußeren Aufgaben, die wir zu bearbeiten haben. Ich kann da dem neuen Präsidium nur unsere besten Wünsche mit auf den Weg geben.

Erfolgreich war das Präsidium — das ist schon vom Kollegen Sir Page erwähnt worden — mit seiner Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe, daß das neue Präsidium diesen erfolgreichen Weg mit der zweiten Konferenz von Straßburg fortsetzen wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit etwas erwähnen, was Ihnen, Herr Präsident, sicher Ermutigung für Ihre Arbeit geben wird. Der Deutsche Bundestag hat die Debatte dieses Hauses vor wenigen Tagen in einer Debatte über die Lage der Juden in der Sowjetunion aufgenommen und sich die Entschließung dieses Hauses ausdrücklich zu eigen gemacht. Das ist ein Weg, auf dem wir auch in Zukunft fortfahren könnten, die Arbeit, die wir hier leisten, in unsere nationalen Parlamente hineinzutragen.

Und eine letzte Bemerkung, Herr Präsident: Wir sollten die **Zusammenarbeit auch mit den Nichtmitgliedstaaten in Europa** weiter verstärken; dazu gab es Bemühungen. Ich meine, daß die bevorstehenden Konferenzen, vor allem die KSZE-Konferenz von Wien, eine außerordentlich günstige Gelegenheit geben, die Zusammenarbeit mit diesem

Ländern zu verstärken und die Gespräche mit ihnen zu vertiefen. Ich rege daher an, daß das Präsidium und die zuständigen Ausschüsse dieses Hauses eine eigene Delegation nach Wien entsenden, um in Wien Gespräche mit den Vertretern der europäischen Nichtmitgliedstaaten zu führen, um sie näher an unsere Arbeit heranzuführen und die Kontakte zu vervollständigen. So günstig wie dort wird die Gelegenheit selten sein.

Herr Präsident, lassen Sie mich damit schließen, daß ich dem alten Präsidium ebenso wie dem Berichterstatter, dem Kollegen Burger, noch einmal herzlichen Dank sage. Das neue Präsidium bitte ich, die Arbeit im Geiste jener europäischen Berufung, die Sie, Herr Präsident, in Ihren einführenden Worten angesprochen haben, zum Wohle aller Bürger in Europa zu beginnen.

Tagesordnungspunkt:

Die Gründung einer euro-arabischen Universität

(Drucksache 5542)

Berichterstatter: Abg. Tummers (Niederlande)

(Themen: Euro-arabische Kooperation im kulturellen Bereich; das Projekt der Euro-Arabischen Universität in Form von Instituten an verschiedenen spanischen Universitäten)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dort anknüpfen, wo Kollege Tummers aufgehört hat, indem er die Einordnung der Kultur in unsere Tagesordnung angesprochen hat. Ich glaube, gerade wir Mitglieder des Kulturausschusses sind sehr zufrieden, daß wir mit diesem Bericht diesmal nicht am Ende, sondern am Beginn der Tagesordnung stehen. Auch morgen haben wir noch damit zu tun; wir hoffen wenigstens, daß das nicht noch einmal verändert wird, damit die Kultur nicht sozusagen den Schwanzzipfel des europäischen Tieres darstellt, das hier in Europa vorgeführt wird.

Wenn ich zur Debatte Stellung nehme, dann muß ich das unter zwei Aspekten tun. Wir haben auf der einen Seite einen historischen Aspekt gehabt. Eine Reihe von Kollegen — so der Kollege Andreas Müller und der Kollege van der Werff — sind vor allem auf die historische Seite eines europäisch-arabischen Dialogs eingegangen. Gerade der Kollege van der Werff hat an einer Vielzahl von Beispielen gezeigt, wie unterschiedlich die **europäisch-arabischen Beziehungen** waren, wenn er auf der einen Seite darauf hingewiesen hat, wie der Einfluß auf den **kulturellen Aspekt** war. Auf der anderen Seite hat er aber auch — ich möchte sagen: sehr aktuell in die Gegenwart hineinwirkend — an die Sekte des Alten vom Berge, an die Assasinen und daran erinnert, welche Rolle sie in dieser Welt einmal gespielt haben.

Wir könnten natürlich eine der großen europäischen Herrschergestalten noch einmal in den Mittelpunkt stellen: Friedrich II. Er war auch König vom Jerusalem. Er hatte eine sarazenische Leibgarde. Wenn der Europarat einmal — er tut es gelegentlich — in Palermo tagt, dann kann man dieses gemeinsame europäisch-arabische Erbe der Zeit Friedrichs II. noch sehr deutlich studieren. Auch sein berühmtes Falkenbuch ist ein Ergebnis gemeinsamer europäisch-arabischer Zusammenarbeit.

Mit Recht hat der Kollege Andreas Müller auf die Bedeutung der jüdischen Kultur gerade in Andalusien und Spanien hingewiesen. Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß gerade für die europäische Scholastik und die Entwicklung der europäischen Kultur im Mittelalter die Weitergabe griechischer Kultur im Umweg über arabische Quellen — Avicenna war hier vorbildlich — eine ganz entscheidende Rolle für das Wiederbeleben des antiken Gedankengutes, der antiken Tradition, der griechisch-römischen Tradition in Europa gespielt hat.

Mit Recht ist auch die Bedeutung anderer Länder in diesem europäisch-arabischen Dialog der Vergangenheit unterstrichen worden, nicht nur Spaniens und Andalusiens. Mit Recht ist von unserem türkischen Kollegen hierauf hingewiesen worden. Man könnte das in vielen Dingen — gerade in historischer Hinsicht — noch ergänzen. Ich selber habe in meiner Bibliothek, weil ich mich besonders mit den türkisch-europäischen Beziehungen beschäftigt habe, eine ganze Reihe von Literaturwerken aus dem 17. und dem 18. Jahrhundert, wo man einen großen Einfluß aus dem arabisch-ottomanisch-türkischen Kulturkreis auf die europäische Kultur feststellen kann.

Liebe Freunde, das ist sozusagen etwas Historisches. Das kann man aufarbeiten in einer philosophischen Fakultät; das kann man aufarbeiten unter Historikern.

Wenn wir das nur mit einer europäisch-arabischen Universität täten, dann hätten wir das nicht erfüllt, was wir uns darunter vorstellen sollten. Ich glaube, ganz entscheidend ist, daß eine solche **europäisch-arabische Universität** auch die Gegenwart zu behandeln hat, ganz in dem Sinne, wie es der Kollege Dejardin ausgeführt hat, indem man verschiedene Kulturen und ihre Bedeutung darstellt und dabei nicht die eine emporhebt, während man die andere unterbewertet, sondern indem man darstellt, wie sich die Kulturen gegenseitig befruchten. Ich glaube, daß es für das Zusammenleben und das Zusammenwirken der Menschen — gerade das ist ein großes Ziel des Europarats: das Zusammenleben in Europa, aber auch über Europa hinaus zu fördern — von ganz besonderer Bedeutung ist, in der Gegenwart die besonderen kulturellen Eigenheiten der jeweiligen Kulturkreise verstehen zu lernen und zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen zu kommen.

Wenn unser Projekt in diesem Sinne Wirklichkeit wird, ein Projekt, das nicht nur, ich sage es noch einmal, in einem Land stationiert werden, sondern

das eine große Ausstrahlung haben sollte — ich möchte einmal sagen: von Andalusien bis Anatolien, um zwei Bereiche aus den Mitgliedstaaten des Europarates zu nennen —, dann, glaube ich, erfüllt es den Zweck, den wir alle von ihm erwarten.

Wir sind also gegenwartsbezogen. Wir wollen nicht nur die Vergangenheit bewältigen oder studieren, sondern wir wollen vor allem die Lehren aus der Vergangenheit auch für die Zukunft nutzen.

In diesem Sinne sollten wir das Projekt einer europäisch-arabischen Universität sehen.

Empfehlung 1030

betr. die Gründung einer euro-arabischen Universität

Die Versammlung

1. stellt den historischen Einfluß von arabischen Traditionen auf die Entwicklung der europäischen Kultur fest;
2. bekräftigt erneut ihre Auffassung, daß der Europarat berufen ist, einen kulturellen Dialog mit anderen Teilen der Welt herzustellen, wie dies z. B. in der Empfehlung 1030 (1986) betr. die Zusammenarbeit zwischen Europa und Lateinamerika im Universitätsbereich zum Ausdruck kommt;
3. begrüßt die Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Europa und den arabischen Staaten, die der Präsident der Arabischen Republik Ägypten Mubarak am 28. Januar 1986 erhoben hat;
4. nimmt Bezug auf die verschiedenen Initiativen zur Gründung einer euro-arabischen Universität, vor allem die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 30. März 1984, und begrüßt die zu diesem Zweck durch die spanische Regierung errichtete Interministerielle Kommission;
5. betrachtet es als bedeutsam für die Verwirklichung dieses Projektes, daß arabische, spanische und europäische Experten bei der Ausarbeitung von Vorschlägen über die konkrete Gestaltung einer solchen Universität hinzugezogen werden;
6. vertritt die Auffassung, daß Andalusien, welches das erste Aufblühen der euro-arabischen Kultur erlebte, eine ideale Region für die Verwirklichung einer solchen Initiative ist, die als Bindeglied zwischen den europäischen und arabischen Universitäten dienen sollte;
7. ist überzeugt, daß eine solche Universität die Möglichkeit bieten könnte, grundlegende Werte des Europarates, wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau weiterzugeben und auch zu größerem gegenseitigen Verständnis zwischen der arabischen und europäischen Welt führen könnte;
8. vertritt die Ansicht, daß die Gründung einer euro-arabischen Universität in Spanien ein sinnvolles Gegengewicht erhalten würde durch die Schaffung einer entsprechenden Institution auf arabischer Seite gemäß den von der Internationalen Gesellschaft für die euro-arabische Universität in Tunesien festgelegten Richtlinien für Bildungskurse im Jahre 1986;
9. hofft, daß sich in Kürze auch andere Mitgliedstaaten mit starker arabischer Tradition, wie z. B. die Türkei, Malta und Zypern, einer kulturellen Zusammenarbeit zwischen Europa und der arabischen Welt anschließen werden;
10. empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - a) die Maßnahmen der spanischen Regierung zur Gründung einer euro-arabischen Universität zu unterstützen, indem es die Bedeutung der Schaffung einer trilateralen Expertenkommission unterstreicht (arabische, spanische und europäische Vertreter aus dem Geltungsbereich des Europäischen Kulturübereinkommens), die die Aufgabe hat, in Zusammenarbeit mit den spanischen Behörden, Vorschläge über
 - i. ein allgemeines Konzept und die generelle Organisation,
 - ii. die Universitätssatzung,
 - iii. Universitäts- und Verwaltungsstrukturen,
 - iv. Mittel und Finanzierungsmöglichkeiten
 zu erarbeiten;
 - b) sicherzustellen, daß der Europarat in denjenigen Gremien, die für die Durchführung dieses Projektes zuständig sind, vertreten ist und daß die Veranstaltungen dieser Universitäten für die Universitäten aller Unterzeichnerstaaten des Europäischen Kulturübereinkommens zugänglich sind;
 - c) die Möglichkeiten für die Ausweitung einer kulturellen Zusammenarbeit zwischen den europäischen und arabischen Staaten, die über den Universitätsbereich hinausgeht, zu untersuchen.

Dienstag, 22. April 1986

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des israelischen
Ministerpräsidenten Shimon Peres**

**Ansprache von Premierminister
Shimon Peres vor dem Europarat,
Straßburg, den 22. April 1986**

Die Beziehungen zwischen Europa und dem Nahen Osten werden durch geschichtliche Erinnerungen, kulturelle Bande und gegenwärtig herrschende In-

teressen belastet. Es ist dies ein altes und facettenreiches Vermächtnis, das zum Entstehen eines dichten und faszinierenden Netzes von Beziehungen geführt hat; diese Beziehungen sind nicht frei von Emotionen, und sie sind durchsetzt durch nationale, sowohl unmittelbare als auch langfristige Interessen.

Auf den Beziehungen Europas zu dem Volk der Juden, und folglich zu dem jüdischen Staat, lastet der kalte und dunkle Schatten des Nazi-Holocausts; und doch glänzen am geschichtlichen Horizont auch ebenso die Errungenschaften und Leistungen jüdischer Gelehrter und jüdischer Wissenschaftlicher wie das Licht der Häuser, in denen jüdische Flüchtlinge gelegentlich Zuflucht fanden. Für uns ist Europa gepflastert mit Monumenten der jüdischen Kultur und übersät von den Grabsteinen jüdischer Opfer.

Es ist dies nicht der geeignete Ort, um die Annalen dieser Beziehungen erneut auferstehen zu lassen. Eines allerdings ist gewiß: Europa ist dem Frieden im Nahen Osten ebenso verpflichtet wie es ihn für sich selbst sucht. Ich bin davon überzeugt, daß Europa die gegenwärtigen ernsthaften Bemühungen Israels, den Feindseligkeiten und dem Kriegstreiben ein Ende zu bereiten und an die Stelle der Kriegsdrohung die Hoffnung auf Koexistenz zu setzen, durchaus bewußt sind.

Und wie könnten wir auch anders handeln — wo doch in praktisch jeder einzelnen Familie Opfer des Holocausts oder Flüchtlinge zu finden sind, die sich vor der Verfolgung retten konnten?

Wie könnten wir anders handeln — wo doch unser Staat in seiner kurzen Geschichte zu fünf Waffengängen gezwungen wurde, in denen wir mit dem Leben unserer Söhne bezahlen mußten, um uns durchzusetzen und unsere Existenz zu sichern — ohne dabei allerdings den wichtigsten Sieg, daß heißt den Frieden, zu erringen.

Daher steht für uns alle heute auf der Tagesordnung die Frage der Friedensaussichten im Nahen Osten.

Bevor wir diese Aussichten untersuchen wollen, sollten wir uns die Hindernisse auf dem Wege zum Frieden noch einmal anschauen.

Meine Damen und Herren, ebenso, wie die Welt wirtschaftlich in Entwicklungsländer und in entwickelte Länder geteilt werden kann, kann sie aus militärischer Sicht in kriegslustige Länder und in solche, welche dieses Stadium bereits hinter sich haben, eingeteilt werden. Wirtschaftlich befindet sich der Nahe Osten heute in der Entwicklungsphase, und militärisch noch in der Phase von Kriegslust und Aggressivität. Dies findet seinen konkreten Ausdruck in regelrechter Kriegsführung, im Wettrennen sowie im Terrorismus.

Im Libanon, im Sudan sowie im Jemen wütet der Bürgerkrieg. Diese Unruhen kosten nicht nur Menschenleben, sondern sie unterminieren auch jegliche Aussichten auf wirtschaftliche Fortschritte. Der blutigste Krieg, den diese Region überhaupt je er-

lebt hat, d. h. derjenige, der bereits seit sechs Jahren zwischen Iran und Irak tobt, ist nicht nur eine militärische Konfrontation, sondern auch eine religiöse Auseinandersetzung. Dieser Krieg hat die Wirtschaft der zwei kriegführenden Länder zerstört und verwüstet, und er hat auch von ihren Nachbarn seinen Tribut gefordert. Betrachtet man gleichzeitig die militärischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten dieses Krieges und ihre umfassenden Auswirkungen, so ergibt sich die Drohung, daß hier die Stabilität einer ganzen Region unterminiert werden könnte.

Gleichzeitig erlebt man in dieser Region unverhältnismäßig hohe Investitionen in Waffen und Rüstungsgüter. Allein im zurückliegenden Jahrzehnt wurden mehr als 50 Milliarden Dollar zu Rüstungszwecken ausgegeben. Während viele Menschen nicht satt zu essen haben, werden in den Kasernen hochentwickelte und teure Waffensysteme angesammelt.

Aggressivität und Kriegslust finden auch in terroristischen Gewalttaten sowohl in unseren Ländern als auch international ihren Ausdruck. Der Terrorismus ist eine Form von aggressiver Strategie, welche sich krimineller Methoden bedient. Er sieht bewußt über den Unterschied zwischen einem bewaffneten Soldaten und einem unschuldigen Beobachter, zwischen dem Schlachtfeld und dem zivilen Leben hinweg. Gelegentlich dient er dem Zweck, politischen Druck auszuüben; bei anderen Gelegenheiten geht es lediglich darum, Schlagzeilen zu machen. Allzu oft geht es den Terroristen nur darum, Konflikte nicht zum Erlöschen kommen zu lassen und die anderweitige Lösung von Problemen zu verhindern. Die Urheber des Terrorismus suchen weder Verhandlungspartner noch Lösungen. Es gibt kaum einen politischen Führer im Nahen Osten, ob auf lokaler oder nationaler Ebene, der nicht der Drohung von Terroristen ausgesetzt wäre. So kommt es, daß zumindest die öffentlich geäußerten Standpunkte häufig durch das Kriterium der Angst verzerrt sind.

Es hat in der Geschichte immer wieder Ausbrüche von religiös oder politisch motiviertem Extremismus gegeben, die sowohl zu offenen Kriegen als auch zu terroristischen Gewalttaten führten. Die Dauer dieser Erscheinungen wurde immer weitestgehend durch die Apathie der Beobachter bestimmt.

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sollte ein Unterfangen sein, welches sofort, umfassend, dauerhaft und in seiner Anwendung konsequent angelegt werden muß. Es muß auf der Basis der Zusammenarbeit vorgegangen werden. Der Terrorismus kennt in seinem Handeln keinen Kompromiß; ihm entgegenzutreten muß daher auf ebenso kompromißlose Weise erfolgen.

Ein festes Engagement zugunsten einer derartigen Politik seitens der freien Welt, die ja der wichtigste Schauplatz des Terrorismus ist, und sicherlich seitens der europäischen Länder ist in der Lage, den Schirmherren des Terrorismus Einhalt zu gebieten, und das Problem einzudämmen.

Zu all diesen Schwierigkeiten erlebt der Nahe Osten zur Zeit die zusätzliche dramatische Bedrohung durch einen wirtschaftlichen Verfall. Fallende Ölpreise haben zum Ausfall von Milliarden Dollar geführt. Zusätzlich zu diesen direkten Verlusten leiden aber auch andere, deren wirtschaftliche Stabilität vom Wohlergehen der ölzeugenden Länder abhängt, unter den Auswirkungen dieser Entwicklung. So gehen die Einnahmen, die manche Länder durch Überweisungen ihrer in den Ölstaaten beschäftigten Staatsbürger erzielen, auf drastische Weise zurück; die direkte Unterstützung wurde deutlich abgebaut; das Importpotential verringerte sich spürbar, und in jüngster Zeit ging auch der Tourismus als eine Folge des Terrorismus zurück. All dies verschlimmert die ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage.

Meine Damen und Herren; die überwältigende Herausforderung des Augenblicks ist im Nahen Osten daher die Linderung dieser sich bedrohlich abzeichnenden Wirtschaftskrise. Sie beginnt bereits spürbar unter der Oberfläche zu beben.

Was ist unter dergestalt bedrückenden Umständen zu tun? Entgangene Einnahmen für ölproduzierende Staaten bedeuten Nettogewinne für die Verbraucherstaaten. So wird erwartet, daß die Industriestaaten ca. 70 Milliarden Dollar allein in diesem Jahr sparen werden. Selbst ein kleiner Teil dieser unerwarteten Einsparungen könnte, wenn er in ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm für die Region kanalisiert werden könnte, einen erheblichen Beitrag zu Frieden und Stabilität im Nahen Osten leisten.

Die betroffenen Länder stehen vor dem Problem einer hohen Geburtenrate bei gleichzeitig begrenzten natürlichen Ressourcen. Sie stehen vor einer schwierigen Entscheidung: Sollen sie sich unkontrollierten, rohen Gewalten unterwerfen oder Unterstützung von außen mobilisieren, um ihre dringlichsten Bedürfnisse zu erfüllen?

Es gibt keine Hoffnung auf einen stabilen Frieden ohne eine stabile Wirtschaft. Darüber hinaus kann aus dem Engagement für wirtschaftliche Entwicklung auch Unterstützung für einen positiven politischen Prozeß werden. Diese Organisation wäre in der Lage, eine führende Rolle bei der Einführung eines kreativen, auf zehn Jahre ausgelegten wirtschaftlichen Programms zu übernehmen, durch welches Stabilität und Frieden günstig beeinflusst werden könnten.

Dieses Entwicklungsprogramm wäre in der Lage, zwei Bündel verschiedener wirtschaftlicher Projekte zu unterstützen: nationale und regionale Projekte.

Nationale Projekte werden entworfen, um spezifische Probleme in den Empfängerländern zu lindern. Die regionalen Projekte dagegen werden Möglichkeiten und Gelegenheiten für die ganze Region betreffen. Dieses Programm wäre unter Umständen in der Lage, eine den Frieden begünsti-

gende Infrastruktur zu schaffen; allerdings wäre es unklug, es mit politischen Bedingungen zu verknüpfen. Sicherlich darf es kein Ersatz für politische Bemühungen sein.

Was Israel betrifft, so haben wir drastische Maßnahmen auf dem Wege zur wirtschaftlichen Erholung mit bereits vielversprechenden Ergebnissen ergriffen. Wir blicken zuversichtlich in unsere wirtschaftliche Zukunft. Jedoch kann ein Plan von der beschriebenen Art den unter besonderen wirtschaftlichen Problemen leidenden Ländern oder Regionen in hohem Maße nutzen.

Man kann kaum überbetonen, wie wichtig dieses Projekt ist und wie sehr es auch zeitlich gerade jetzt richtig käme. Politische Prozesse können verlangsamt werden; Kriege können verhindert werden; das Verhungern dagegen läßt sich nicht aufschieben. Der Hunger erscheint Tag für Tag aufs Neue mit unerbittlicher Drohung.

Wir haben die Hoffnung, daß Sie diesen Vorschlag ernsthaft erwägen und bei seiner Durchführung Hilfe leisten werden.

Meine Damen und Herren, während wir über regionale Probleme reden, wollen wir unsere eigenen nicht übersehen. Die wichtigste Herausforderung, die wir an uns gerichtet sehen, liegt darin, einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden mit unseren arabischen Nachbarn sowie eine Lösung für das Palästina-Problem zu erreichen.

Der Friede sollte die Hoffnung für alle Völker der Region wiedererwecken.

Er soll helfen, politische Meinungsverschiedenheiten durch friedfertige Mittel zu lösen und Blutvergießen zu vermeiden.

Der Friede wird auch die in dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag verankerte Verpflichtung verwirklichen: „Kein weiterer Krieg“.

Er wird Koexistenz, Zusammenarbeit und Sicherheit für alle bringen.

Er wird es dem palästinensischen Volk gestatten, an der Bestimmung seiner eigenen Zukunft teilzuhaben.

Wir wollen nicht mehr zulassen, daß Hindernisse sich so hoch auf dem Wege dorthin auftürmen, daß Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit das Ergebnis sind. Das Klima, welches wir brauchen, ist nur mit einer bejahenden Geisteshaltung und positiven Taten zu erreichen.

In dem Streben nach einer friedfertigen Atmosphäre lehnen wir rhetorische Eskalation und Polemik ab, welche nur neue Konflikte nähren. Einer Sprache, die von pessimistischer Hoffnungslosigkeit geprägt ist, ziehen wir realistischen Optimismus vor.

Wir hegen keinerlei bösen Willen gegenüber anderen Ländern, anderen Völkern und anderen Religionen. Unterschiede sind kein Grund für Feindseligkeiten.

Kurz nach der Schaffung der Regierung der Nationalen Einheit in Israel haben wir einseitig beschlossen, uns aus dem Libanon zurückzuziehen — einem Land, dem es nicht gelingt, für sich selber Frieden zu finden oder seinen Nachbarn Frieden anzubieten. Wir sind ein Risiko eingegangen. Jedoch kann auch das augenblicklich noch aufrecht erhaltene, begrenzte und der Sicherheit dienende Engagement beendet werden, sobald die Libanesen sich selbst als fähig erweisen, ihr Land zu regieren und seine Grenzen zu kontrollieren.

Auf der West Bank und im Gaza-Streifen ist unsere Politik auf Offenheit gestützt und zielt darauf ab, Fortschritte zu fördern.

Ein unabhängiges Erziehungs- und Bildungssystem einschließlich fünf Universitäten wird unterstützt, und es wird die wirtschaftliche Entwicklung gefördert.

Wir haben festgestellt, daß israelisches Recht in diesen Gebieten keine Geltung hat.

Wir haben die Siedlungspolitik geändert.

Eine einfachere und leichtere Interaktion zwischen Jordanien und den Palästinensern in diesen Gebieten wird ständig leichter gemacht.

Es wird die Übernahme von Führungsaufgaben auf örtlicher Ebene und unter Umständen auch höherer Ebene durch die Bewohner der Gebiete selbst angestrebt, da wir bereit sind, eine Politik der Dezentralisierung zu verfolgen.

Unsere augenblicklichen Bemühungen zielen darauf ab, die Beziehungen mit Ägypten zu verbessern und die Aussichten auf direkte Friedensverhandlungen mit Jordanien und mit den Palästinensern besser zu gestalten.

Ägypten und wir sollten gemeinsam und Hand in Hand aus dem Friedensvertrag zwischen unseren Ländern ein leuchtendes Beispiel machen. Wir möchten diese zweiseitige Erfahrung ausbauen und zu einer Realität für die ganze Region werden lassen. Daher sind wir bemüht, noch verbleibende Differenzen zwischen uns aufzuheben — was auch durch unsere Bereitschaft veranschaulicht wird, dem beharrlich vorgetragenen Anliegen Ägyptens Rechnung zu tragen, das Taba-Problem einer Schlichtung zuzuführen. Ich hoffe aufrichtig, daß eine Einigung in unsere Reichweite gerückt ist.

Wir glauben, daß König Hussein den Frieden will. Sein Versuch, mit der PLO-Führung ein Übereinkommen zu erreichen, ist fehlgeschlagen; und doch ist der Prozeß selbst weder auf eine bestehende Organisation noch auf die ablehnende Haltung einer Führungsgruppe zu beschränken.

Wir wiederholen unseren Appell an König Hussein: Treffen wir uns und verhandeln wir. Keine Zeit ist zu kurz, kein Ort zu weit, kein Thema zu schwierig und keine Form zu fremdartig.

Das palästinensische Volk weiß, daß wir sein Streben nach einem Leben in Würde und Selbstverwirklichung achten.

Die Sache der Palästinenser wird belastet durch die Anwendung von Terrorismus anstelle von Diplomatie, von Slogans und ablehnenden Grundeinstellungen anstelle des politischen Dialogs. Der Weg der Gewalt ist lang und blutig; das Schlimmste jedoch ist, daß er ins Nichts führt.

Die Drohungen und Taten des Terrorismus werden sich letztlich nicht durchsetzen. Wir werden, da wir keine andere Wahl haben, in unserem Bemühen unnachgiebig bleiben, das Leben unseres Volkes zu schützen. Sollten jedoch Palästinenser das Ruder übernehmen, die ihrerseits Terror und Gewalt ablehnen und einer politischen Lösung zustreben wollen, so werden sie uns in unseren Bemühungen um eine ehrenhafte Lösung ebenso entschlossen und standfest finden. Sie werden auf eine Nation treffen, die im Frieden genauso kühn und mutig ist wie im Krieg.

Verlorene Zeit bedeutet auch verlorene Gelegenheiten. Was gestern mit verhältnismäßig wenig Mühe hätte erreicht werden können, ist heute schon schwer zu erreichen. Die Möglichkeiten von heute sind vielleicht die Unmöglichkeiten von morgen.

Wir appellieren an unsere europäischen Freunde, die innere Logik derjenigen zu akzeptieren, die im Augenblick nach einer Lösung suchen, und Fortschritte auf dem Weg zu unterstützen, den diese ebnen. Lösungen vor Verhandlungen anzubieten bedeutet, daß man Verhandlungen aufschiebt, ohne das Problem zu lösen.

Der einzige Rahmen, der vielversprechend erscheint, ist der von direkten Verhandlungen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation einerseits und einer israelischen Delegation auf der anderen Seite; dies müßte in einem internationalen Kontext erfolgen.

Die Länder des Nahen Ostens stehen somit vor vier Hauptherausforderungen: den religiösen und politischen Extremismus zu besiegen, aus dem nur Aggressivität und Kriegslust entstehen können; den internationalen Terrorismus zu bekämpfen; die schwere Wirtschaftskrise zu lindern und den Konflikt zwischen Arabern und Israel zu lösen.

Wenn wir diese vier Herausforderungen erfolgreich annehmen, dann können wir auch unseren Kindern und Enkelkindern als Realität hinterlassen, was einst prophezeit wurde: „... Du sollst das Schwert nicht sehen und nicht unter Hunger leiden; statt dessen will ich Dir hienieden sicheren Frieden schenken.“ (Jeremiah 14/13).

In zwei Tagen werden wir das Passah-Fest feiern. Das Fest von Frühling und Freiheit. Glück, Wohlergehen und Freiheit wünschen wir allen.

Klejdzinski (SPD): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich weiß, daß die Fragen des internationalen Terrorismus niemandem so viele Sorgen bereiten wie Ihnen. Aber was können wir Europäer aus Ihrer Sicht tun, um zu vermeiden, was möglicherweise eintreten könnte, daß nämlich der Nahe Osten einmal Ausgangspunkt eines Krieges wird, der in seinen Ausmaßen so schrecklich sein kann, wie wir es uns kaum vorstellen können?

Vor diesem Hintergrund habe ich an Sie eine Frage. Sie haben heute sehr interessante Akzente angesprochen, mit wem man reden könne, insbesondere im Nahen Osten. Wen würden Sie denn als israelischer Ministerpräsident auf der **palästinensischen** und der **jordanischen** Seite als **Gesprächspartner** akzeptieren? Und welchen Beitrag könnten wir Europäer zur Beruhigung der Region im Nahen Osten leisten?

Premierminister Peres antwortete, direkte Verhandlungen seien mit König Hussein und der jordanischen Regierung möglich. Auch gebe es zahlreiche gewählte oder nominierte palästinensische Führer in der Westbank und im Gaza-Gebiet, die einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation angehören könnten. Der eigentliche Hinderungsgrund für derartige Verhandlungen sei die schreckliche Drohung des Terrorismus.

Büchner (Speyer) (SPD) (Übersetzung aus dem Englischen):

Herr Peres, Sie haben in einer brillanten Antwort das Programm für eine Koalitionsregierung unterstrichen. Ich möchte eine Frage über Ihren Parteikongreß zu Anfang dieses Monats anfügen: In dem von dem Kongreß verabschiedeten politischen Grundsatzpapier hat die Labourpartei ihren Wunsch nach einer friedlichen Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes ausgesprochen, und zwar sollten unter anderem Gespräche mit denjenigen Palästinensern aufgenommen werden, die Israel anerkannt haben und den Terrorismus ablehnen.

Trotz Ihrer letzten Bemerkungen zur PLO möchte ich fragen, ob Sie bereit sind, mit der **PLO als gleichberechtigtem Partner** zu verhandeln, wenn sie diese beiden Bedingungen akzeptiert?

Premierminister Peres erklärte, diese so häufig gestellte Frage ließe sich kaum richtig beantworten, denn sie setze einen Sinneswandel der PLO voraus. Ein arabisches Sprichwort laute, man könne einen Tiger nicht durch Umarmen in eine Katze verwandeln. Falls dies doch möglich sei, müsse seine Antwort „Ja“ lauten. Er glaube aber nicht, daß sich die PLO unter ihrer gegenwärtigen Führung ändern werde.

Tagesordnungspunkt:

Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen in Europa

(Drucksache 5543)

Berichterstatte:

Abg. Hardy (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Stand der Implementierung des Europäischen Übereinkommens über die Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen und ihres natürlichen Lebensraumes in Europa)

Dr. Müller (CDU/CSU): Danke schön, Herr Präsident. — Ich möchte mich sehr kurz fassen. Ich glaube, das eindrucksvolle Beispiel, das uns der Kollege van der Werff aus seinem Land über die **Entwicklung der Landwirtschaft** gerade gegeben hat, macht sehr deutlich, mit welchen Problemen wir heute konfrontiert sind.

Das berühmte Wort aus der Bibel „Macht euch die Erde untertan“ heißt nicht, daß wir unsere Mitgeschöpfe vergewaltigen dürfen, wenn ich es einmal so formulieren darf; es verpflichtet uns vielmehr, auch im Interesse unserer Mitgeschöpfe zu handeln.

Ich bedauere sehr, daß wir in Europa vor allem im Bereich der Agrarpolitik eine Entwicklung eingeleitet haben, die die Behandlung der Erde nur noch unter ökonomischen und nicht mehr unter ökologischen Aspekten betrachtet. Der alte Bauer, der früher über Jahrzehnte, über Jahrhunderte mit seiner Familie den Hof bewohnt hat, hatte ein viel innigeres Verhältnis zu seiner Umwelt, zu dem Boden gehabt, den er bearbeitete. Er wußte, daß er den Boden ruhen lassen mußte, um ihn wirklich auch auf lange Sicht ausbeuten zu können. Heute hat der Bauer dies vergessen. Ich weiß, welcher Mißbrauch hier in vielen Bereichen getrieben wird.

Deswegen muß die Politik einen Beitrag leisten. Sie muß auch dem Bauern Entschädigungen dafür zahlen, daß er Land als Biotope zur Verfügung stellt. Es gibt z. B. in meiner bayerischen Heimat ein Wiesenbrüter-Programm, demzufolge Wiesen in einer bestimmten Jahreszeit nicht benutzt werden dürfen. Dafür wird eine Entschädigung gezahlt. Auf diese Weise sollen dort seltene Vogelarten erhalten werden.

Ich möchte mit einem Bild des Vogels schließen, wie es mein Kollege van der Werff auch getan hat. Er hat vom Kanarienvogel gesprochen. Es gibt in Deutschland eine ganz eigene Art des Kanarienvogels; sie heißt Harzer Roller. Man könnte fragen, was der Name Harzer Roller mit den Kanarischen Inseln zu tun hat. Er kommt daher: Der Harz war ein altes Bergbaugebiet in Deutschland. Die Bergleute dort haben bestimmte Vogelarten mitgenommen, um zu überprüfen, ob die Luft gut oder schlecht ist.

So wie das Geschöpf, der kleine Vogel, dem Menschen damals geholfen hat, so müssen wir, die Menschen, uns darüber im klaren sein, daß wir unsere

Umwelt nicht vernichten dürfen. Wir müssen sie erhalten — auch im Interesse der Zukunft der Menschheit —, damit diese Erde auch in Zukunft bewohnbar bleibt, damit sie das bleibt, was sie immer war, nämlich ein Werk Gottes, in dem alle Geschöpfe ihren Platz haben.

Dr. Rumpf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Kollege Hardy hat dankenswerterweise eine Fortschreibung der Berner Konvention vorgelegt und dargestellt, inwieweit sie durchgesetzt werden konnte. Da kann man sehen, daß es ein Nord-Süd-Gefälle gibt: In Nordeuropa scheinen die Menschen doch etwas eifriger und umweltbewußter zu sein als in Südeuropa. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt hier lediglich eine Mittelstellung ein. Meine Damen und Herren, wir machen in der Bundesrepublik zwar sehr große Anstrengungen, aber sie führen bisher nur zu einem Teilerfolg. Wir müssen auf allen Gebieten noch sehr viel mehr arbeiten. Vor allem müssen spürbare Anreize geschaffen werden, Anreize wirtschaftlicher Art, den **Umwelt- und Naturschutz** stärker zu unterstützen. Offensichtlich lassen sich Umwelt- und Naturschutz nur — leider — über den Geldbeutel des Verursachers durchsetzen.

In dem Bericht von Herrn Hardy geht es in erster Linie um die Erhaltung, um die Schaffung oder um die Wiederherstellung von Biotopen und deren Vernetzung als Lebensgrundlage für Flora und Fauna. Biotope können ja sein: Waldflächen, Moore, Sümpfe, Gewässer, Trockenrasen usw.

Ich meine, wir haben in Europa, insbesondere in Ländern mit intensiv betriebener Landwirtschaft — davon wurde vorhin schon einmal gesprochen —, eine ganz große Chance. Wir können in Zukunft wieder mehr Flächen der Natur überlassen und sie als **Biotope** pflegen. Die Landwirtschaft — das wissen wir inzwischen zur Genüge — produziert viel zuviel. Sie muß — zumindest in der Europäischen Gemeinschaft — um etwa 10 % weniger auf den Markt bringen. Bedenken Sie, daß sich die Kosten, die wir in Europa für die Landwirtschaft — für die Produktsteigerung, für die Lagerung der Produktionsgüter, für die Vermarktung usw. — aufwenden, jährlich auf 50 Milliarden Deutsche Mark — das sind 20 Milliarden ECU oder 20 Milliarden Dollar — belaufen. Und nun stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, wir könnten dieses Geld — oder zumindest einen Teil davon — in die Taschen der Bauern umleiten, die dafür einen Teil ihrer Flächen als Biotope pflegen, damit wieder neue Lebensräume für Flora und Fauna geschaffen werden.

Ich möchte noch kurz einen weiteren Gedanken vortragen, Herr Präsident: Es geht nicht nur darum, daß das erhalten wird, was schon vorhanden ist, sondern es geht auch — Herr Hardy wird es sicher schon berücksichtigt haben — um die **Wiedereinbürgerung bereits ausgerotteter Pflanzen und Tiere**. Was die Bundesrepublik angeht, so kann ich sagen, daß einige Pflanzen und auch einige wenige Tiere bereits wieder eingebürgert worden sind, z. B. der Kolkkrabe, der Uhu und der Steinadler. Das, was aber in der deutschen Landschaft immer noch fehlt,

ist eine größere Raubkatze. Die kleine Wildkatze ist zwar vorhanden — sie ist seit 1934 unter Naturschutz gestellt — und hat sich in größeren Waldgebieten auch sehr gut ausgebreitet, aber es fehlen Raubtiere wie Wolf, Luchs und Bär, die in Deutschland alle schon seit dem 18./19. Jahrhundert ausgerottet sind. Seit dieser Zeit haben sich die Wildbestände in ganz enormer Weise erhöht. Das gilt besonders für Rotwild, also Hirsche und Rehe. Das Gleichgewicht in unserer Natur ist völlig zerstört. Das liegt an unserem Jagdsystem. Wir haben ein Revierjagdsystem, während in Südeuropa mehr die Lizenzjagd betrieben wird. In der Forstwirtschaft und in der Landwirtschaft gibt es schwerste Schäden, vor allem an Laubhölzern.

Nun kann niemand so ohne weiteres die Wiedereinführung des Wolfes oder Bären propagieren. Da hätte man sofort die ganzen Verbände gegen sich: Jagdverbände, Bauernverbände, Fremdenverkehrsverbände und die ganze Öffentlichkeit. Zu tief sitzt die Angst vor dem bösen Wolf, der in vielen Märchen vorkommt. Aber das Gleichgewicht in der Natur könnte vielleicht annähernd wieder hergestellt werden, wenn wir wenigstens den Luchs wieder einbürgerten. Hier haben wir ja bereits in Frankreich — in den Vogesen —, in Deutschland — im Bayerischen Wald — und in der Tschechoslowakei ganz gute Erfahrungen gemacht. Ich meine, wir hier im Europarat sollten versuchen, auch in diese Richtung zu drängen. Ich rufe daher dieses Haus auf, in dieser Richtung aktiv zu werden.

Ihnen, Herr Kollege Hardy, danke ich für Ihre Arbeit. Ich danke Ihnen auch dafür, daß Sie sich im Ausschuß wieder zur Verfügung gestellt haben, und gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl. Ich wünsche Ihnen für Ihre Bemühungen zum Schutz der Biotope in der Zukunft alles Gute.

Danke schön.

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein guter und notwendiger Bericht, den wir heute debattieren. Es ist sehr dankenswert, daß sich der Ausschuß für Umweltfragen mit dieser Materie wieder einmal befaßt hat. Denn es ist geraume Zeit her, daß sich diese Versammlung zuletzt just mit diesem Gebiet befaßt hat.

Wenn wir auf die Wirkungen der Konvention von 1982 zurückblicken, dann sind wir nicht ganz zufrieden. Dann sind wir auch damit nicht zufrieden, daß dieses Abkommen bisher nur von 14 Staaten ratifiziert worden ist. Es ist gut, daß dieser Bericht eine interessante Bestandsaufnahme macht und interessante Beispiele für den Fortschritt und für neue Probleme gegeben hat, wie es auch diese Debatte getan hat.

Dabei sollte es uns nicht entmutigen, daß zusätzliche Sorgen aufgetreten sind. Wir haben auch Beispiele — sie sollen nicht verschwiegen werden —, wo die Entwicklung anders gelaufen ist, als wir es erwartet haben.

Ich darf zwei Beispiele nennen.

Diejenigen, die für den vollkommenen Schutz der Greifvögel eintreten, müssen wohl nach und nach erkennen, daß andere Arten, z.B. das Feldhuhn, inzwischen nahezu ausgerottet sind, einfach deswegen, weil das Feldhuhn in unserer kultivierten Landschaft nicht mehr die Möglichkeit hat, sich so zu verstecken, wie es das früher konnte. Wir müssen erkennen, daß der Mensch die Landschaft und das Umfeld von Tieren und Pflanzen großflächig und zum großen Teil auch nicht mehr umkehrbar verändert hat und dadurch wildlebende Tiere andere Bedingungen antreffen.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Heute haben wir in unseren Gewässern nur noch wenige Frösche. Das hängt damit zusammen, daß die Zahl der Fischreier so stark zugenommen hat. Das Gleichgewicht im Bereich der wildlebenden Tiere ist jetzt also oftmals außer Balance geraten.

Aber solche Beispiele — man könnte noch andere anführen — sollten uns nicht entmutigen in dem Bestreben, nach der **Berner Konvention** zu verfahren. Das ist hier schon mehrfach ausgedrückt worden. Vielmehr müssen wir erkennen, daß dort, wo Licht ist, nach einer alten Wahrheit auch Schatten ist.

Die Dinge sind, wie wir heute wissen, tatsächlich außer Balance geraten. Deswegen ist es richtig, daß hier in der Debatte immer wieder — und zwar mit sehr guten Beispielen — darauf verwiesen worden ist, daß es am besten ist, dort, wo es geht, große zusammenhängende Lebensräume zu schützen, dort auch die Pflanzen natürlich wachsen zu lassen und das Wild von Jagd und allen möglichen sonstigen Eingriffen — teils mit modernen Mitteln — unbeeinträchtigt zu lassen. Ich glaube, in dieser Hinsicht haben wir in allen Ländern inzwischen sehr beachtliche Fortschritte gemacht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als im Jahre 1982 die Konvention unterzeichnet wurde, war es schon spät. Inzwischen hat sich das Bewußtsein der Menschen mehr dem Umweltschutz zugewandt, allerdings, so meine ich, sehr oft noch in einer gewissen, besonderen Ichbezogenheit. Man ist an gutem Wasser und guter Luft interessiert. Aber da, wo es um die Belange wildlebender Tiere und von Pflanzen geht, ist man gar nicht mehr einverstanden. Dann sagt man: Ich gehe durch den Wald, auch wenn die Bodenbrüter brüten. Dann stört man die Arten. Wenn dort seltene Pflanzen sind, dann sagt man: Ich habe das Recht, in den Wald zu gehen; ich liebe die Natur. Aber manchmal beeinträchtigt man die Natur geradezu.

Ich glaube, das sind Gegebenheiten, auf die man besonders hinweisen muß.

Aber — das ist eine erfreuliche Feststellung — wir haben auf diesem Wege durch die Konvention von damals erhebliche Fortschritte gemacht. Ich möchte hoffen und wünschen, daß dieser Bericht, aber auch die heutige Debatte all denjenigen Kräften weiteren Auftrieb gibt, die auch schon in der Vergangenheit bemüht waren, die wilden Tiere und wilden Pflanzen in unseren Ländern zu schützen.

Vielen Dank.

Empfehlung 1033

betr. die Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen in Europa

Die Versammlung

1. nimmt Bezug auf das Übereinkommen zur Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen und natürlicher Lebensstätten, das am 19. September 1979 in Berlin unterzeichnet wurde, am 1. Juni 1982 in Kraft trat und nunmehr von 14 Mitgliedstaaten des Europarates, von Finnland und von der Europäischen Gemeinschaft ratifiziert worden ist;
2. nimmt die Arbeit des im Rahmen des Übereinkommens errichteten Ständigen Ausschusses zur Kenntnis und unterstreicht die Bedeutung, die sie dem regelmäßigen Meinungsaustausch zwischen dem Ständigen Ausschuss und dem Unterausschuss Umwelt des Ausschusses für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen beimißt;
3. berücksichtigt die Informationen, die sie von den Regierungen der vertragschließenden Parteien sowie von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erhält;
4. berücksichtigt die laufende Arbeit des Europäischen Parlaments in diesem Bereich;
5. ist sich bewußt, daß seit dem Inkrafttreten des Übereinkommens in den meisten Mitgliedstaaten entsprechende Gesetze verabschiedet wurden, daß diese aber in einigen Staaten nicht immer wirksam und durchgesetzt wurden;
6. ist beunruhigt darüber, daß dem Naturschutz in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend Priorität eingeräumt wird;
7. teilt die Enttäuschung derjenigen Mitgliedstaaten, die sich seit Jahren mit großem Nachdruck für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des Naturschutzes ausgesprochen haben;
8. erinnert daran, daß alle Nichtmitgliedstaaten des Europarates dem Übereinkommen beitreten können und stellt mit besonderer Genugtuung fest:
 - i. das von einigen afrikanischen Staaten bekundete Interesse und die Veröffentlichung einer Broschüre des Europarates zu diesem Thema;
 - ii. die Ratifizierung des Übereinkommens durch Finnland und hofft, daß andere Staaten diesem Beispiel folgen werden;
9. fordert den im Rahmen dieses Übereinkommens errichteten Ständigen Ausschuss auf, sich nachdrücklich und umgehend mit der Notwendigkeit von Fortschritten zu befassen, indem er konstruktive Empfehlungen vorlegt, denn sich auf nichtssagende Phrasen zu verlassen, führt

nur zu einem weiteren und vermutlich schwerwiegenden Verfall des natürlichen Erbes in Europa;

10. empfiehlt dem Ministerkomitee, den Ständigen Ausschuß, der für die Überwachung der Anwendung des Übereinkommens zuständig ist, aufzufordern, in seiner nächsten Sitzung einen Prioritätenkatalog und eine Beurteilung offensichtlicher Fehler sowie unverzüglich Empfehlungen über die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der unmittelbar bedrohten Lebensräume und Arten vorzulegen und außerdem der Parlamentarischen Versammlung eine Ausfertigung seiner Beurteilung zukommen zu lassen.

Tagesordnungspunkt:

Boxsport

(Drucksache 5541)

Berichterstatter:

Abg. Dr. Müller (Bundesrepublik Deutschland)

Büchner (Speyer) (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich möchte zur Tagesordnung und nach Art. 33 d unserer Geschäftsordnung beantragen, daß wir diesen Bericht heute absetzen, und möchte darum bitten, daß sich die Ausschüsse damit noch einmal beschäftigen. Ich halte es durchaus für wichtig, daß das Thema „Boxen“ — oder einige Aspekte dieses Themas — auch in politisch verantwortlichen Entscheidungsgremien diskutiert wird und daß aus den Ergebnissen dieser Diskussion auch Schlußfolgerungen gezogen werden. Das, wie dies allerdings in diesem Bericht — auch schon formal — geschieht, läßt mich zu dem Schluß kommen, daß diese Vorlage nicht geeignet ist, sicherzustellen, daß eine solche sachkundige Diskussion geführt wird.

Herr Präsident, ich möchte das in aller Kürze begründen, indem ich darauf hinweise, daß in der Empfehlung der jahrtausendealte traditionelle Wettkampfsport Boxen mit Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, in Verbindung gebracht und alles unter dem Thema „Gewalt“ in einen Topf geworfen wird. Auch wird das Boxen als eine Sportart der modernen Zivilisationsgesellschaft bezeichnet, und das ist diese Sportart nun wirklich nicht; vielmehr ist sie eine der ältesten Kampfsportarten. Weiter wird gesagt, das Boxen habe einen negativen Einfluß auf das Sozialverhalten der Zuschauer, aber natürlich gibt es auch andere Sportarten, bei denen solche Aspekte nicht völlig ausgeschlossen sind.

Schließlich wird auf Untersuchungen des Weltärztebundes und des amerikanischen Ärztebundes Bezug genommen, aber, Herr Präsident, diese ernst zu nehmenden Aspekte müssen doch im Ausschuß für Soziales und Gesundheit behandelt werden, nicht federführend durch den Kulturausschuß. Mir

scheint dieser Bericht also auch falsch plaziert zu sein.

Noch ein letzter Hinweis auf die mangelnde Seriosität der Empfehlungen: Eine Empfehlung lautet, kürzere und weniger Runden einzuführen. Jeder, der einmal ein paar Experten fragt, weiß doch, daß dann, wenn man so etwas tun würde, Kämpfer in den Ring kämen, die konditionell weniger gut auf einen Kampf vorbereitet wären, Kämpfer, die darauf eingerichtet wären, durch Kraft, durch Schlagkraft, einen Kampf möglichst schnell zu beenden, wobei gute Leute weniger Chancen hätten. Diese Empfehlung ist also geradezu konterkariierend; das sagen viele Boxexperten und auch viele Verbände.

Aus all diesen Gründen scheint mir diese Vorlage mit heißer Nadel gestrickt zu sein. Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitsfragen hatte noch nicht einmal die Gelegenheit, einen Experten anzuhören. Ich glaube, wenn wir diese Frage seriös behandeln wollen — und darauf hat die Öffentlichkeit, gerade die sportinteressierte Öffentlichkeit, wohl einen Anspruch —, können wir das unmöglich auf der Grundlage dieses Berichts machen, und deswegen sollten wir uns mit ihm heute nicht beschäftigen und ihn an den Ausschuß zurückverweisen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich möchte diesem Antrag des Kollegen Büchner nicht zustimmen, denn er erinnert mich etwas an das professionelle Boxen. Das professionelle Boxen macht uns ja deshalb große Sorgen, weil es dort starke Verwilderungen der Sitten gibt, und eine solche Verwilderung der Sitten scheint mir hier auch in diesem Zusammenhang aufzutreten.

Der Wunsch, sich mit dem Boxen zu beschäftigen, besteht bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seit zehn Jahren, seit 1976. Daß sich andere damit nicht beschäftigt haben, daß sie dieses Thema hinausgeschoben haben, daß sie nicht bereit waren, es zu erörtern, kann kein Grund dafür sein, daß die Beratung jetzt verschoben wird, nachdem sich der zuständige Ausschuß mit dieser Frage beschäftigt hat, und welcher Ausschuß sollte das sein, wenn nicht der für Kultur und Erziehung, für Jugend und Sport?

Ich möchte auch gar nicht im Detail auf die Argumente eingehen, die Sie, lieber Kollege Büchner, zur Sache gebracht haben. Sie haben so getan, als hätten sich da irgendwelche Amateure, die nichts vom Sport verstünden, mit diesem Thema beschäftigt. Die Forderung, kürzere Runden und mehr Runden einzuführen, wird aber von den Amateurboxexperten und Sportärzten wie z.B. Grebe vertreten.

(Zuruf des Abgeordneten Büchner)

— Weniger Runden, natürlich! Diese Forderung wird also aus dem Lager der Boxer selbst vertreten.

Ich glaube, es ist dringend notwendig, hier nicht eine weitere Verschiebung zuzulassen, denn es geht doch darum: Wir wollen mit diesem Antrag und mit dieser Entschliebung, die hier zustande kommen

soll, keine endgültige Entscheidung treffen; vielmehr fordern wir, bestimmte Studien vorzunehmen, um zu Ergebnissen zu kommen. In diesem Bereich, aus dem uns doch die Opfer über die Fernsehschirme immer wieder gezeigt werden, können wir nicht weiter dulden, daß es noch mehr solcher Opfer gibt. Der Europarat darf nicht wieder einmal sagen: Wir legen die Hände in den Schoß und schieben das hinaus.

Wir haben in unserem Ausschuß über diese Frage oft und intensiv diskutiert. Leider war der Kollege Büchner nicht immer dabei, aber wir sind ja nicht für das verantwortlich, was der einzelne Parlamentarier an sonstigen wichtigen Verpflichtungen hat. Wir sind einmütig zu dieser Entschließung gekommen, und deshalb bitte ich darum, das Begehren des Kollegen Büchner zurückzuweisen. Dieses Begehren liegt nicht im Interesse der Sache, wie vor allem dann klar wird, wenn man darauf hinweist, daß es ja fast schon ein historisches Ereignis ist, daß wir uns, zehn Jahre nachdem diese Frage eingebracht worden ist, endlich mit ihr beschäftigen.

(Der Bericht wurde von der Versammlung an den Ausschuß zurückverwiesen).

Mittwoch, 23. April 1986

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Fred Sinowatz

Bundeskanzler Sinowatz: Herr Präsident! Herr Vorsitzender des Ministerkomitees! Herr Generalsekretär! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke, daß Sie mich eingeladen haben, hier zur Versammlung zu sprechen. Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, zu Ihrer Wahl zum höchsten Amt der Parlamentarischen Versammlung, der Sie ja schon so lange angehören, gratulieren. Sie können wahrhaftig auf eine lange, reiche Erfahrung in der Parlamentarischen Versammlung zurückblicken. Durch Ihre besonderen persönlichen Beziehungen zum Präsidenten des Europäischen Parlaments können Sie eine Brücke zwischen den Parlamenten der beiden Organisationen Europarat und Europäische Gemeinschaft schlagen. Wir möchten uns aber auch respektvoll und mit Dank vom scheidenden Präsidenten Ahrens verabschieden, der viel an politischer Energie und an Idealismus mit großem Erfolg in seine Aufgabe investiert hat. Der Grund, warum ich als Regierungschef Österreichs bei dieser Sitzung der Parlamentarischen Versammlung das Wort ergreife, liegt darin — Sie haben das schon gesagt, Herr Präsident —, daß unser Land vor genau 30 Jahren als Vollmitglied dem Europarat beigetreten ist. Gleich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, der ja auch ein europäischer Bürgerkrieg war, und unseren Kontinent in Trümmern zurückgelassen hatte, blutend aus vielen Wunden und mit Haß zwischen den Völkern, horchten die Österreicher — zwar unabhängig geworden,

aber vierfach besetzt — auf: Die große Idee der **Einigung Europas** wurde nicht mehr wie früher nur von einigen Schwärmern vertreten, sondern kam von verantwortlichen Staatsmännern in Europa. Diese Idee, den Haß ein für alle Mal zu überwinden, sich auf das Wesen Europas, die Einheit in der Vielfalt zu besinnen, die Idee, Grenzen abzubauen und niemals mehr Haß zwischen den Völkern Europas aufkommen zu lassen, diese Idee war eine der großen Zukunftshoffnungen — wie für alle europäischen Staaten, so auch für das ausgeblutete und zertrümmerte Österreich.

Sie verzeihen mir diese emotionelle Rückschau, weil ich gleich daran eine Schlußfolgerung anknüpfen möchte. Ich erinnere mich, wie meine Generation, damals die Jugend Europas, mit einem ungeheuren Zukunftsglauben, mit einem ungeheuren Elan, diese Bestrebungen unterstützte und von ihnen begeistert war. Ich erinnere mich, wie damals alle bereit waren, die gemeinsame Not miteinander zu teilen. Ich glaube, wir sollten uns manchmal, wenn es den Anschein hat, als ob man zwar bereit gewesen wäre, die Not miteinander zu teilen, nicht aber den heute errungenen Wohlstand in Europa, an diese Ideale der ersten Jahre nach dem Krieg erinnern. Wenn wir alle, die wir jetzt in verantwortungsvollen Positionen sind, an die angeblich und scheinbar so unüberwindlichen technischen und administrativen Probleme mit denselben Idealen herangehen, die wir in unserer Jugend gehabt haben, dann müßte es möglich sein, sie auch zu bewältigen.

Die Republik Österreich, bis 1955 vierfach besetzt und nicht im Besitz der vollen Souveränität, konnte der Einladung nicht nachkommen, die der damalige Präsident des Europarates bereits 1951 übermittelt hatte. Die Republik Österreich nahm aber dankbar die Gelegenheit wahr, Beobachter in die Parlamentarische Versammlung und in die Kommissionen des Europarates zu entsenden. Erst mit dem österreichischen Staatsvertrag im Jahr 1955 hatte Österreich seine volle Souveränität erlangt und nahm sofort die Möglichkeit wahr, den Beitritt zum Europarat zu vollziehen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit eines Mannes gedenken, der von Anfang an, zuerst als Beobachter und dann als Delegierter des österreichischen Nationalrates dieser Parlamentarischen Versammlung angehört hat und durch sein Eintreten für Europa ein solches Vertrauen erworben hat, daß er von der Parlamentarischen Versammlung zum Präsidenten gewählt wurde. Es ist mir ein Anliegen, den Namen des Abgeordneten Karl Czernetz zu erwähnen, der aus seinem persönlichen Schicksal der Verfolgung und der Emigration nicht die Konsequenz der Bitterkeit oder des Hasses gezogen hat, sondern die Konsequenz der Versöhnung und der Zusammenarbeit.

Es sind also genau 30 Jahre, daß wir Mitglied des Europarates sind. Am 16. April 1956 hatte der damalige österreichische Außenminister Leopold Figl — übrigens jener Bundeskanzler, der in den schwersten Jahren der Zweiten Republik unser Regierungschef gewesen ist — unsere Beitrittsurkunde hinterlegt. Die für uns so entscheidende Frage, ob

und wie unsere dauernde Neutralität mit diesem Mitwirken am gemeinsamen Europa vereinbar ist, wurde inzwischen durch die Praxis unserer Mitarbeit im Europarat hinreichend beantwortet. Das ist für Österreich eine wichtige Feststellung.

Bei unserer Mitarbeit haben wir aber das ganze Europa nie vergessen. Wir haben nicht vergessen, daß der Kontinent nach wie vor in eine östliche und eine westliche Sphäre geteilt ist, und daß wir dies einerseits als Realität zur Kenntnis nehmen, aber andererseits die Verpflichtung haben, dahin zu wirken, daß sich die bestehenden Gegensätze nicht noch weiter verschärfen und polarisieren.

Wir glauben, daß wir im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten — und immer ein wenig über das hinaus, was im Augenblick gerade noch offensichtlich durchsetzbar ist — nach zusätzlichen Kontakten suchen sollen, nach Verbindungen, die Ost und West überspannen und die ein Netz von gegenseitigem Wissen und gegenseitiger Rücksichtnahme schaffen. Das war ja auch ein Ziel, dem Dr. Karasek und Dr. Tončić-Sorinj, die Sie, Herr Präsident, dankenswerterweise genannt haben, in ihrer Eigenschaft als Generalsekretär des Europarates immer wieder nachgestrebt haben. Ich bin oft mit Dr. Karasek in meiner engeren Heimat in einem alten Bauernhaus zusammengesessen. Wenn wir beim Fenster hinausgesehen haben, so sahen wir Ungarn vor uns. Karasek und ich haben oft darüber geredet, daß dieses Europa geschichtlich, kulturell natürlich eine Einheit ist und daß das eine Verpflichtung für uns bleiben muß.

Es gilt jedenfalls, in allen Ländern Europas das Bewußtsein lebendig zu halten, trotz dieser bestehenden Trennung in einer Schicksalsgemeinschaft zu leben, die nicht nur durch die gemeinsame Vergangenheit bestimmt ist, sondern auch durch gemeinsame Aufgaben, die sich jetzt und in Zukunft stellen. Darunter auch die Fragen der Sicherheit. Es scheint uns unsinnig und unrealistisch, wenn ein Teil seine Sicherheit auf Kosten und zu Lasten des anderen Teils suchen möchte. Sicherheit muß — und darauf hat uns immer wieder der so tragisch verstorbene schwedische Premier Olof Palme aufmerksam gemacht — gemeinsam gesucht werden.

Wir verfolgen diese Ziele vor allem durch die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**. Wie Sie wissen, wird das 3. Helsinki-Folgetreffen im Herbst in Wien beginnen. Wir glauben, daß wir gar nicht anders können, als uns für ein gutes Ergebnis dieses Treffens einzusetzen; und ob diese Hoffnungen sich rechtfertigen, das wird nicht zuletzt vom Engagement der betroffenen Staaten abhängen; und zwar nicht ausschließlich vom Engagement und dem politischen Willen der Großmächte. Auch die mittleren und kleineren Staaten sind angesprochen, ja zutiefst betroffen. Europa gehört eben nicht nur den Großmächten, sondern auch diesen Staaten, die ich vorhin erwähnt habe.

Aber eben diese Zusammenarbeit über die Trennlinie hinweg hat zur Voraussetzung, daß das demokratische Europa, dem wir zugehören, konsolidiert ist, daß sich in ihm Solidarität und nicht staatlicher

Egoismus ausdrückt; nicht unilaterale Durchsetzung nationaler Ansprüche, sondern die Fähigkeit der Zusammenarbeit, auch dann, wenn man ihr gelegentlich das eine oder andere nationale Interesse opfern muß; und schließlich auch, und vor allem, die Praxis der täglich erlebten Demokratie.

Die vergangenen Jahre waren, wenn man den Meinungsmachern folgen kann, von einer sogenannten **Europamüdigkeit** geprägt. Man hat von „Euro-Pessimismus“, ja von einer „Euro-Sklerose“ gesprochen.

Diese Schlagworte sind keineswegs neu. Sie haben mich durch mein gesamtes politisches Leben begleitet, und sie waren auch schon vorher in der öffentlichen Diskussion immer wieder präsent. Europa hat da eine unselige und lange Tradition in einem geradezu wollüstigen Spiel mit der Vorstellung der eigenen Insuffizienz und dem bevorstehenden eigenen Untergang.

Natürlich gibt es Probleme in Europa. Sogar sehr große; niemand möchte sie verschweigen. Was mich am meisten bedrückt, ist die hohe **Arbeitslosigkeit**. Daß es in unseren Staaten fast 19 Millionen Menschen gibt, die keine Beschäftigung finden, ist eine Tatsache, die die Betroffenen sicher nie vergessen; und die auch wir ebenso wenig vergessen dürfen wie die sozialen und politischen Folgen, die sich daraus fast zwangsweise ergeben müssen.

Gewiß gibt es auch Probleme mit der Entwicklung moderner Technologie. Die Frage ist viel diskutiert worden. Manche finden, daß man die Schwierigkeiten überzeichnet hat. Tatsache bleibt, daß Europa bei einigen modernen Fertigungen ins Hintertreffen geraten ist, und zwar gerade bei Fertigungen, die für die zukünftigen Entwicklungen in der Produktionswelt von großer Bedeutung sind. Ich denke da vor allem an den Bereich der gesamten Elektronik und Informationstechnik.

Die erwähnte Europamüdigkeit läßt sich aber wahrscheinlich weniger aus diesen handfesten Problemen erklären, als aus der bekannten menschlichen Eigenschaft, Erreichtes als selbstverständlich hinzunehmen. Man ist sich nicht der großen Distanz bewußt, die man in der Suche nach dem geeinten Europa bereits zurückgelegt hat. Man macht ja auch kein Aufhebens darüber, daß Züge und Flugzeuge nach Fahrplan ankommen, oder daß uns die Güter des täglichen Bedarfs pünktlich in die Geschäfte geliefert werden. All das sind eben auch lebensnotwendige Selbstverständlichkeiten und nicht Gegenstand des geschärften politischen Bewußtseins.

Und dennoch hat sich das heutige Europa mit seiner dichten Zusammenarbeit ja nicht automatisch und von selbst ergeben. Es entstand aus einem politischen Willen, aus einer politischen Vision. Wäre jemand im Jahre 1949, als der Europarat entstand, aufgestanden und hätte prophezeit, daß in nur einer Generation die Grenzen für den Waren- und Personenverkehr weitestgehend durchlässig sein werden, hätte er vor allem prophezeit, daß alle sogenannten Erbfeindschaften hinfällig geworden sind, ja daß

frühere Erbfeinde gemeinsam zu den tatkräftigsten Förderern der europäischen Einigung geworden sind, dann hätte man ihn wahrscheinlich als unrealistischen Träumer abgetan.

Und so sollten wir auch heute das Erreichte nicht selbstverständlich und passiv konsumieren. Die europäische Einigung ist etwas, das ständig neu durchgesetzt werden muß und das auch nur lebendig bleibt, wenn es ständig voranbewegt wird; und das nur dann voranbewegt werden kann, wenn dem ein politisches Wollen, ja politische Visionen zugrunde liegen.

Ein Ziel ist zweifelsohne der weitere Ausbau der europäischen Wirtschaft. Hier kommt der **Europäischen Gemeinschaft** eine Führungsrolle zu. Sie wird von uns anerkannt. Es nützt allen europäischen Staaten, wenn die Europäische Gemeinschaft diese Führungsrolle auch tatkräftig wahrnimmt. Es gilt, einen wirklich gemeinsamen, für alle offenen Binnenmarkt für industrielle Produkte zu schaffen. Er soll sich auf alle europäischen Staaten erstrecken, also auch auf die, die der EFTA angehören.

Vor 1½ Jahren wurden dazu beim Luxemburger Treffen zwischen der EG und der EFTA richtungsweisende Beschlüsse gefaßt, und wir hoffen, daß sie bald und voll durchgesetzt werden. Das liegt ja im Interesse aller europäischen Staaten. Ebenso ist es im gesamteuropäischen Interesse, daß man auf dem Gebiet der Hochtechnologie und Forschung leistungsfähig bleibt. Wir waren einer der ersten Staaten, die das von Frankreich initiierte EUREKA-Programm unterstützt haben. Wir freuen uns, auch am COST-Programm und anderen gesamteuropäischen Projekten mit der EG mitwirken zu können.

Diese wirtschaftliche Dimension Europas ist natürlich wichtig, nicht zuletzt auch zur Bewältigung des erwähnten Problems der Arbeitslosigkeit. Das soll uns aber nicht den Ausblick darauf verstellen, daß hinter und über der Wirtschaft die politische Idee und die Frage der **politischen Identität** steht.

Lord Keynes, wohl einer der Größten der modernen Nationalökonomien, hat einmal sinngemäß folgendes gesagt: „Man überschätzt im allgemeinen die Macht der materiellen Interessen und unterschätzt zugleich die langanhaltende Wirkung sich allmählich verbreitender Ideen. In der Tat wird die Welt letztlich nur durch sie bestimmt.“

Europa, so sagt man immer wieder, ist stark durch seine Vielfalt. Aber in dieser Vielfalt verbirgt sich doch ein großer Gleichklang in einigen wesentlichen Ansichten; im Politikbild und im Menschenbild, in den sozialen Aspirationen und politischen Maximen; in der Einstellung zu den **Menschenrechten**, zu den **Grundfreiheiten** und zur **parlamentarischen Demokratie**. Diese Werte und Einstellungen sind kein bloßer Aufputz auf den wirtschaftlichen und militärischen Gegebenheiten. Sie sind vielmehr die langfristig wesentlichsten Voraussetzungen der staatlichen Existenz und darüber hinaus natürlich Ziele, die in sich selbst und nicht erst durch den Verweis auf irgend etwas anderes erstrebenswert sind.

Gemeinsam mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit — wie sie sich etwa in der Sozialcharta ausdrückt — ist dieser ideologische Gleichklang die Basis des geeinten Europas. Diesen Gleichklang zu artikulieren, ist Aufgabe des Europarates, und er ist dadurch zu einer unverwechselbaren Institution geworden, die mehr als irgendeine andere und mit großer Strahlkraft das Begeisternde und Notwendige der Demokratie darstellen kann.

Pessimisten erklären auch immer wieder, daß die Demokratie weltweit von allen möglichen Mächten bedroht und in der Defensive und im Rückzug wäre. Und natürlich steht sie immer wieder vor immer neuen Herausforderungen; und dennoch ist sie weltweit im Vormarsch, und zwar auch und gerade in Staaten und Zonen, die keineswegs spannungsfrei und wohlhabend sind, sondern in denen man, wie etwa Lateinamerika, sehr hart darum kämpfen muß, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Europa hat die Aufgabe, dieser weltweiten Entwicklung voran zu helfen und zwar nicht nur aus Überzeugung und Idealismus, sondern auch in seinem eigenen Interesse. Wenn in der Welt und auf anderen Kontinenten die Demokratie wieder gefährdet wäre, dann käme sie auch in Europa unter Druck; und wenn sie sich andererseits in anderen Kontinenten ausdehnt, dann wird sie auch in Europa gestärkt. Der Europarat ist, wie gesagt, Symbol und Werkzeug dieser kollektiven demokratischen Identität Europas, und so fällt ihm gleichsam von selbst diese Aufgabe zu.

Der Europarat versucht sie auch wahrzunehmen. Das Wichtigste ist wohl, daß er in Europa selbst die Demokratie abstützt, unter anderem durch die Einrichtung der Parlamentarischen Versammlung und durch seine Einrichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte. Nichts ist überzeugender und auch nach außen hin wirksamer, als eine zur Selbstverständlichkeit gewordene Praxis, die den Menschen Würde, Freiheit und politisches Mitwirken garantiert.

Daneben gilt es, für solche Dinge weltweit einzutreten. Der Europarat hat z. B. eine Konferenz über die Zukunft der parlamentarischen Demokratie veranstaltet. Es war das ein Versuch, die europäische Demokratie in weltweiten Zusammenhang zu stellen. Eine weitere solche Konferenz soll ja im nächsten Jahr folgen.

Ich glaube aber, daß der Europarat darüber hinaus der demokratischen Entwicklung in der Welt eine praktische und unmittelbare Hilfe leisten kann: Einzelne oder mehrere europäische Staaten werden immer wieder eingeladen, **Wahlbeobachter** nach Übersee zu entsenden, um so zu bestätigen, daß die Durchführung der Wahlen gewissen Standards entspricht. Einer dieser Wahlbeobachter, der holländische Abgeordnete Dr. Tom Kerstiens, hat nach seinen Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador in einem Bericht an seine Landsleute angeregt, solche Wahlbeobachtungen zu einem neuen völkerrechtli-

chen Instrument hin zu entwickeln. Ich möchte diese Anregung hier aufgreifen; wiewohl ich meine, daß man dazu nicht gleich völkerrechtliche Instrumente, also Verträge, schaffen müßte.

Es sollte meiner Ansicht nach genügen, wenn der Europarat eine Gruppe aus Parlamentariern, nationalen Beamten, nationalen Richtern zusammenstellt, die über große Erfahrungen bei der Organisation, Durchführung und Kontrolle von Wahlen verfügen und die sich bereit erklären, für den Fall zur Verfügung zu stehen, daß ein außereuropäischer Staat international anerkannte Zeugen für einen Wahlvorgang sucht. Eine solche Gruppe soll ihre Dienste also nicht aufdrängen, sondern sich nur für den Fall bereit halten, daß sozusagen das Gütesiegel des Europarates gesucht wird. Entsprechend präzise und umfassende Richtlinien für den Einsatz einer solchen Gruppe müßten natürlich im Vorhinein festgelegt werden. Die Finanzierung sollte kein Problem sein, weil alle Mitglieder der Gruppe ja in ihrer Verwendung bleiben und sie sich nur bereit halten müßten, auf Abruf zur Verfügung zu stehen.

Beim Blick in die Zukunft des Europarates möchte ich vom Standpunkt der Republik Österreich und als persönliches Bekenntnis folgendes sagen: Es gibt einige Bereiche, die die ureigensten Bereiche des Europarates sind, bleiben werden, aber auch ausbaufähig sind. Es sind dies Bereiche, bei denen es überhaupt keinen logischen moralischen oder philosophischen Grund geben kann, verschiedene Entwicklungen in den Ländern Westeuropas zuzulassen, bei denen es überhaupt keinen Grund geben kann, Europa nach Paktsystemen oder wirtschaftlichen Vereinigungen aufzuteilen.

Der erste Bereich ist der Bereich der **Menschenrechte**. Der Europarat und alle seine Mitgliedstaaten können stolz darauf sein, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in ihren Institutionen, wie der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof ein Rechtssystem geschaffen zu haben, das es ansonsten nirgends in der Welt gibt. Die Tatsache, daß sich die europäischen Staaten entschlossen haben, dem einzelnen europäischen Bürger gegenüber dem Staat Rechte nicht nur durch Deklaration einzuräumen, sondern sie auch durchsetzbar zu machen, ist ein leuchtendes Vorbild für den Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt. Hätte der Europarat nur dieses Eine zustandegebracht, dann wäre schon dadurch seine Existenz mehr als gerechtfertigt. Die letzte Tagung der Menschenrechtsministerkonferenz in Wien hat gezeigt, daß das Instrumentarium des Menschenrechtsschutzes ausbaufähig ist. Ich hoffe, daß die bei dieser Konferenz vorgeschlagenen Ideen und Gedanken in den zuständigen Expertengremien des Europarates nunmehr zügig behandelt werden, gerade weil die Europäische Menschenrechtskonvention nicht ein Werk der Administration ist, sondern eine echte Schöpfung der Parlamentarischen Versammlung, bitte ich Sie, die Abgeordneten der nationalen Parlamente, hier in der Versammlung gemeinsam dafür zu sorgen, daß der politische Schwung für die Verbesserung des Menschenrechtsinstrumentariums im Rahmen des Europarates erhalten bleibt.

Der zweite Bereich ist der Bereich der **europäischen Kultur**. So sehr sich das Gemeinsame an der europäischen Kultur genauen Definitionen oder Begriffsbestimmungen entzieht, so sehr ist es für uns alle eine Selbstverständlichkeit, daß Europa eine kulturelle Einheit darstellt. Es ist dies keine Einheit durch Einförmigkeit. Die kulturelle Einheit Europas besteht aus einer Vielfalt von kulturellen Ausdrucksformen, die sich aber alle nur in der gegenseitigen Befruchtung und im ununterbrochenen unmittelbaren Erfahrungsaustausch zwischen allen europäischen Staaten entwickeln konnten. Diese europäische Kultur, die ja mehr ist als die Ansammlung von Kunstschatzen, die mehr ist als die europäische Literatur, die Musik und das Theater, sondern die auch das gemeinsame Verständnis über das Zusammenleben in der Gesellschaft bedeutet, die in Wirklichkeit die Zusammenfassung all dessen ist, was die europäischen Staaten und Völker in Jahrhunderten an Lebensformen und Lebensregeln erarbeitet und erworben haben, diese europäische Kultur verbietet es, sie sektoral aufzuteilen. Es ist daher die große und eigenständige Aufgabe des Europarates, diese gegenseitige kulturelle Befruchtung der europäischen Völker zu fördern, an der Entwicklung der europäischen Kultur aktiv mitzuarbeiten, nicht im Sinne der Steuerung der Kultur, denn die Kultur braucht Freiheit, aber im Sinne der Förderung und Ermöglichung dieser Freiheit und aller kulturellen Manifestationen in Europa.

Der dritte Bereich ist der Kampf gegen den **Terrorismus**. Ich will kurz darlegen, warum ich der Ansicht bin, daß der Europarat, alle seine Mitgliedstaaten, ganz besonderes Interesse daran haben, gemeinsam dieses schreckliche Phänomen zu bekämpfen. Gerade weil sich alle Staaten des Europarates zu den Grundwerten und Institutionen der Demokratie verpflichtet haben, gerade weil sie in ihren Staaten den weitestgehenden Menschenrechtsschutz aller Regierungen kennen, gerade deswegen müssen die Staaten des Europarates gegen den Terrorismus gemeinsam kämpfen und gemeinsam auftreten, weil er eine der schwersten Belastungen der Demokratie und der Menschenrechte bedeutet.

Diese schreckliche Form der Gewalt, die keine nationalen Grenzen repektiert und in blindem Fanatismus das Leben und die Recht von Menschen mißachtet, diese Gewalt bedroht nicht nur das Leben und die Gesundheit unserer Bürger, sie bedroht auch jene Grundsätze, denen wir uns verpflichtet fühlen.

Die Schutzmaßnahmen, die durch den Terrorismus herausgefordert werden, gefährden etwa die Freizügigkeit in Europa und unter Umständen gewisse von uns hochgehaltene Grundrechte. Die Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Personen bedeuten aber auch eine unmittelbare Bedrohung unseres demokratischen Systems. Unser System der repräsentativen Demokratie hat die Voraussetzung, daß die Wähler mit den Gewählten unmittelbar Kontakt haben können, daß sie ihre Repräsentanten nicht nur vom Fernsehschirm oder hinter kugelsicheren Glaswänden kennenlernen können. Eine

Bedrohung, die durch die notwendigen Schutzmaßnahmen die Wähler von den Gewählten trennt, bedroht damit auch unser System der repräsentativen Demokratie.

Österreich ist daher der Meinung, daß der Europarat das geeignete Forum wäre, um gemeinsam Schutzmaßnahmen gegen diesen Feind unserer demokratischen Grundwerte, gegen den Terrorismus, nicht nur zu beschließen, sondern auch in praktischer Zusammenarbeit durchzuführen. Ich würde daher die Abhaltung einer Ministerkonferenz der zuständigen Fachminister über Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus befürworten und begrüßen.

Der politische Wille, den Europarat voll zu nützen, wird sich auch dann leichter durchsetzen, wenn man klar erkennt, daß diese Institution nicht Konkurrent der Brüsseler Institutionen sein möchte, sondern wenn sich beide Institutionen als Partner verstehen, zwischen denen es einen dichten Austausch von Informationen, gemeinsame Projekte und eine dichte Zusammenarbeit gibt. Das Ministerkomitee hat über eine schweizerisch-österreichische Initiative dazu einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und es laufen nun die Gespräche zwischen diesen beiden Organisationen. Wir sind zuversichtlich, daß diese zu konkreten Ergebnissen führen werden.

Schließlich bedarf der Europarat auch hinreichender finanzieller Mittel und der ständigen Stütze durch die öffentliche Meinung in allen Mitgliedstaaten. Sein Nutzen darf nicht nur Experten bekannt, sondern muß auch vom durchschnittlichen Bürger erlebbar sein. Für uns Österreicher symbolisiert der Europarat eine europäische Identität. Er ist für uns vor allem Ausdruck der Prägestkraft und des Durchsetzungsvermögens von Demokratie und Menschenrechten.

Er ist Symbol dafür, daß die europäischen Staaten aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben, und daß sie in die Welt nicht Unfrieden, sondern Zusammenarbeit und Hoffnung ausstrahlen wollen. So ist es verständlich, daß wir uns zu dieser Institution mit Nachdruck bekennen und auch unseren Teil dazu beitragen wollen, daß der Europarat auch in Zukunft der Aufgabe gerecht wird, an dem Aufbauwerk der europäischen Einigung mitzuwirken. — Danke.

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Bundeskanzler, Sie haben, nachdem Sie auf die großen Fortschritte Europas hingewiesen haben, auch von den großen Problemen gesprochen, die es derzeit bei uns gibt, und an die Spitze der Probleme, die Ihnen besondere Sorgen machen, haben Sie die hohe **Arbeitslosigkeit** in Europa gestellt.

Nun nehmen wir in der Versammlung mit ihren zuständigen Ausschüssen gerade den zweiten Anlauf, den Regierungen ein Maßnahmenpaket zu empfehlen, das hier etwas Abhilfe schaffen könnte. Viele Kolleginnen und Kollegen meinen, daß dazu auch eine spürbare Verringerung der Arbeitszeit — in welcher Form auch immer — gehören muß, um

besonders den jungen Menschen die Chance zu geben, nach ihrer Ausbildung einen Beruf zu finden. Denn wir meinen, daß es für junge Leute wohl eine der herbsten Enttäuschungen und schlimmsten Erfahrungen ist, wenn ihnen dann, wenn sie ihre Ausbildung beendet haben, die Gesellschaft zeigt, daß sie eigentlich nicht gebraucht werden.

Herr Bundeskanzler, welche Haltung vertreten Sie gerade in der Frage der notwendigen **Verkürzung der Arbeitszeit**?

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (Österreich): Hinsichtlich der politischen Gefahr in bezug auf die **Arbeitslosigkeit** teile ich Ihre Meinung. Österreich selbst hat die Demokratie in den 30er Jahren nicht zuletzt dadurch eingebüßt, weil es zu großen wirtschaftlichen Katastrophen mit einem Heer von Arbeitslosen gekommen ist, die durch Enttäuschungen an die Lebensfähigkeit des Landes und letztlich an die Funktionsfähigkeit der Demokratie nicht mehr geglaubt haben. Daher ist für uns in Österreich die Frage einer möglichst breiten Beschäftigung eine nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch demokratiepolitische Frage, die wir nicht verkennen wollen, neben all den Maßnahmen, die wir treffen. Das muß allerdings nach unserem Dafürhalten auch mit einschließen, daß wir diese Maßnahmen nicht allein dem privaten Bereich überlassen, sondern gleichzeitig staatliche Rahmenbedingungen schaffen sollen, um ein hohes Maß an Beschäftigung sicherzustellen.

Darüber hinaus ergibt sich, als Teil dieser Frage, die Problematik der **Arbeitszeitverkürzung**. Wir in Österreich sind der Meinung, daß wir diesbezüglich einen pragmatischen Weg gehen sollten; wir sind schon dabei, ihn zu gehen. Wir wollen es branchenweise in Abschnitten durchsetzen, natürlich unter Bedachtnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Im Bereich der Metallindustrie sind wir bereits so weit, daß wir den ersten Schritt getan haben. Die Vorstellungen unserer Gewerkschaften gehen dahin — sie treffen sich weitgehend mit den Überlegungen der Regierung —, daß wir die 35-Stunden-Woche auf diesem pragmatischen Weg bis zu Beginn der 90er Jahre erreichen.

Donnerstag, 24. April 1986

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates: Fortschritte im europäischen Einigungswerk

(Drucksache 5545)

(Themen: Der Aufbau Europas und der Europarat; Die politische Berufung des Europarates; seine Haupttätigkeitsgebiete; Zusammenarbeit zwischen Europarat und Europäischer Gemeinschaft; Menschenrechte und Demokratie; Jugend, Ausbildung und der europäische Sozialraum; Wissenschaft und Technologie; kulturelle Zusammenarbeit und kulturelle Identität)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Mit dieser Debatte behandelt die Versammlung das Kernstück der Arbeit des Europarats. Ich möchte Herrn Generalsekretär Oreja für seine Initiative und für seine wegweisenden und engagierten Ausführungen, die er hier gestern gemacht hat, herzlich danken.

Seiner Rede haben sich ausgezeichnete Beiträge zahlreicher Kollegen und mehrerer Minister angeschlossen. Die Debatte wird auf hohem Niveau und mit viel Engagement geführt. Aber die Frage ist: Was werden wir mit dieser Debatte bewegen? Wird diese breite Diskussion verpuffen wie so viele gute Debatten, die wir hier geführt haben, oder wird sie die Realität in Europa zum Besseren, zu mehr Einigung, zu mehr Zusammenarbeit, zum Abbau von bürokratischen Hemmnissen und zu schnelleren politischen Erfolgen auf vielen politischen Gebieten, verändern können?

Die Antwort auf diese Frage wird davon abhängen, ob wir uns auf die Quelle unseres politischen Wirkens besinnen, nämlich auf unsere Zugehörigkeit zu unseren nationalen Parlamenten. Mit großem Nachdruck hat unser Fraktionsvorsitzender, mein Kollege Wolfgang Blenk, gestern darauf hingewiesen.

Ich möchte hier die dringende Bitte an alle Delegationen dieser Versammlung richten, den Gegenstand dieser Debatte und die Schlußfolgerungen, die wir hier heute ziehen, in einer ebenso groß angelegten Debatte in ihrem nationalen Parlament zur Sprache zu bringen. Nach dieser **Europa-Debatte** müssen in naher Zukunft 21 nationale Europa-Debatten stattfinden, die unseren Kollegen zu Hause die lebenswichtige Bedeutung von praktischen Fortschritten bei der Einigung Europas vor Augen führen. Viele vermögen ja kaum noch über den Kirchturm-Horizont ihrer nationalen Sonderinteressen hinauszusehen. Ja, es gibt heute nicht wenige Politiker, die glauben, Europa sei nichts als ein riesiges bürokratisches Hindernis bei der Lösung der grundlegenden Zukunftsprobleme. Diesen Mitbürgern müssen wir deutlich sagen, daß Europa nur eine gemeinsame freiheitliche und demokratische Zukunft haben wird oder keine.

Ich möchte allen Kollegen beipflichten, die darauf hingewiesen haben, daß Europa mehr ist und mehr sein muß als die Zwölfergemeinschaft, und zwar nicht nur in quantitativer Hinsicht. Wir EG-Europäer — ich als Deutscher gehöre ja dazu — brauchen auch künftig unsere Freunde in den anderen neun demokratischen europäischen Staaten. Deshalb behält der Europarat — gerade im Hinblick auf die **EG-Erweiterung** — auch seine grundlegende Bedeutung.

An diesem Punkt ist der richtige Platz, um von grundsätzlichen Überlegungen zu einigen praktischen Überlegungen überzugehen. Wenn wir die gesamte Aufgabe bewältigen wollen, die wir uns gestellt haben, müssen wir im Europarat weit mehr über die Politik der EG-Organen in den politischen

Bereichen wissen, mit denen auch wir uns beschäftigen. Ich halte es daher für dringend erforderlich und unabweisbar, daß die Kommissionen und Unterkommissionen dieser Versammlung und ihre Mitglieder über die Maßnahmen der EG-Kommission und über die Beschlüsse des Europäischen Parlaments in ihrem Arbeitsbereich umfassend informiert werden, daß sie alle Dokumente erhalten.

Darüber hinaus hielt ich es für nützlich, wenn das Büro unserer Versammlung mit den Ministern ganz generell vereinbaren würde, daß in allen Ausschüssen wenigstens einmal im Jahr ein Minister oder ein Minister-Vertreter aus einem der EG-Staaten über die Entwicklung in der EG auf dem betreffenden Gebiet berichtet und zu einer Aussprache zur Verfügung steht.

In seinem schriftlichen Bericht hat der Generalsekretär einen konkreten Prioritätenkatalog vorgeschlagen, der sicher auf breite Zustimmung stoßen wird, dennoch halte ich den Katalog noch für unvollständig. Ein für die Bürger unmittelbar wichtiger Punkt fehlt, nämlich die Erleichterung beim grenzüberschreitenden Verkehr, vor allem auch beim Güterverkehr. Ich möchte mich hier kurz fassen und ganz ausdrücklich unterstützen und unterstreichen, was unser Kollege Gadiant zu diesem Punkt gestern sehr eindringlich ausgeführt hat.

Zum Schluß, Herr Präsident, möchte ich einen Bereich ansprechen, der sicher unter Ziffer II des Prioritätenkatalogs des Generalsekretärs subsumiert werden kann, jedoch dort nicht ausdrücklich erwähnt worden ist. Ich meine die **Familienpolitik** in unseren Mitgliedstaaten. Ehe und Familie stehen unter dem Schutz der Menschenrechts-Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und besonders auch der Europäischen Sozialcharta. Aber faktisch sind Ehe und Familie in eine Krise geraten, die an steigenden Scheidungsziffern und an sinkenden Geburtenzahlen deutlich abzulesen ist. Ohne gesunde Familien, in denen wieder mehr Kinder heranwachsen, als unseren Völkern Menschen durch Tod verlorengehen, wird Europa keine Zukunft haben. Auch die Familienpolitik muß daher im Rahmen der sozialen Probleme einen vorrangigen Platz einnehmen.

Herr Präsident, dies war nur ein kleiner Ausschnitt aus dem breiten Spektrum von Herausforderungen, denen sich unser Europa gegenübersteht. Aber mit dem Bericht des Generalsekretärs und des Kollegen Lied und mit dieser Aussprache über ihn haben wir uns auf den Weg gemacht, auf einen Weg, Herr Präsident, auf dem es keine Umkehr geben darf.

Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Aktuelle Aussprache: Die libysche Krise

Berger (Lahnstein) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir noch jahrelang den **Terrorismus** zu definieren

versuchen, so werden wir diesem Phänomen gegenüber weiterhin hilflos bleiben. Wir können aber über die **libysche Krise** nicht so sprechen, als wären wir unbeteiligte Zuschauer. Daß einige Europäer dies dennoch getan haben, ist Ausdruck ihrer wirklichen bzw. vermeintlichen Ohnmacht, die eigenen Interessen und ihre eigene Sicherheit allein oder gemeinsam als Europäer gegenüber dem grenzüberschreitenden Terrorismus zu wahren. Wir sind aber keine Zuschauer, wir sind Betroffene. Die Vereinigten Staaten haben daher auch in unserem Interesse gehandelt, als sie handelten, während die Europäer sich bedeckt hielten.

Der Terrorismus ist eine Herausforderung für die gesamte zivilisierte Welt. Der Begriff „zivilisierte Welt“ steht hier als Synonym für die Staaten, in denen Rechtsordnungen die Sicherheit der Bürger wahren und so deren menschenwürdige Entwicklung erst zu garantieren vermögen.

Wenn der blindwütige Terrorismus eine Herausforderung für die gesamte zivilisierte Welt ist, dann besteht in der Solidarität eben dieser gesamten zivilisierten Welt die beste, möglicherweise auch die einzige Chance, den Terrorismus abzuwehren. Der Terrorismus muß begreifen, daß — wie Shimon Peres es hier gesagt hat — die Straße der Gewalt nach Nirgendwo führt.

Diese Solidarität muß sich dort auswirken, wo die Wiege des Terrorismus steht. Wenn — wie im vorliegenden Fall — der Terror von Staaten ausgeht, stellen sich diese außerhalb des den Frieden ermöglichenden Völkerrechts; sie stellen sich außerhalb der Gemeinschaft friedlicher Völker, und als solche müssen sie gebrandmarkt werden. Wer Terroristen finanziert, ausbildet, ausrüstet oder schützt, stellt sich außerhalb der zivilisierten Welt, und er sollte auch nicht an deren Segnungen teilhaben.

Wir brauchen eine **internationale Konvention**, die dies durchsetzt. Diese Konvention muß einen Katalog abgestimmter Maßnahmen enthalten, welche die Staaten der zivilisierten Welt gemeinsam gegen solche Staaten treffen werden, die Terror planen und durchführen oder planen und durchführen lassen.

Diese Konvention muß klar und praktikabel sein. Sie muß die geeigneten Maßnahmen androhen, die jene abschrecken, die ihrerseits kompromißlos zur Gewaltanwendung bereit sind.

Sie wird daher auch Antwort auf die Frage geben müssen, und wie die zivilisierte Welt bereit ist, zum Schutz ihrer Friedensordnungen ihrerseits notfalls Gewalt einzusetzen.

Für mich ist die Aktion der Vereinigten Staaten in Libyen ein Akt der Selbstverteidigung, unternommen, als diplomatische Schritte und wirtschaftliche Boykottandrohungen ergebnislos blieben. Wer anders als die Staaten, als die Garanten jener Friedensordnungen, als die legitimen Träger des Gewaltmonopols wären dazu berufen und damit auch verpflichtet, so das Leben und die Freiheit ihrer Bürger notfalls zu verteidigen. Wobei klar sein muß: Wo Verteidigung geboten, ist auch Verteidigung er-

laubt. Das Ziel ist Gewaltabwehr, nicht ihre Ausweitung. Das Ziel ist Abschreckung des Terrorismus. Mittel und Ausmaß der Gewaltanwendung müssen auf diese politische Wirkung hin optimiert und in sich so begrenzt sein, daß sie nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht das politische Ziel der Abschreckung des Terrorismus paralysieren.

Eine solche Konvention sollte dieses Hohe Haus fordern und auch fördern. Möge es den Regierungen der freiheitlichen, der demokratischen, ja, aller zivilisierten Staaten gelingen, angesichts der neuen existentiellen Herausforderung durch den grenzüberschreitenden Terrorismus eine solche neue Friedensordnung bald zu schaffen — zum Wohle der gesamten Menschheit —.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ereignisse im Mittelmeer, die Militäraktion der Amerikaner, die vorläufig als letzte Kette einer Reihe von Ereignissen steht, erfüllte Millionen von Menschen in aller Welt mit tiefer Sorge.

Luftangriffe und Bombenwurf holen für mich Erinnerungen aus meiner Kindheit zurück, als meine Heimat, das Ruhrgebiet, immer wieder zerbombt wurde.

Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, die generelle Einschätzung des gegenwärtigen libyschen Regimes durch die westliche Welt nicht zu teilen.

Wir Sozialdemokraten verurteilen jede Form des Terrorismus, auch den des **internationalen Terrorismus**.

Wir bedauern zutiefst die Opfer, die der Terrorismus gefordert hat.

Wir vertreten auch folgende Auffassung mit Nachdruck, die betroffenen Völker, die Staatengemeinschaften können den Terror nicht tatenlos hinnehmen.

Aber auch dieses sagen wir unmißverständlich:

Die gegen **Libyen** gerichtete Militäraktion der Vereinigten Staaten wird von uns nicht ungeteilt gebilligt, ja wir neigen mehr dazu, die Aktion zu verurteilen, weil die Probleme so nicht gelöst werden können. In ihrer verständlichen Empörung über den internationalen Terrorismus, der von Oberst Ghaddafi, aber auch von anderen Regierungen gefördert wird, hat die Regierung in Washington das Augenmaß verloren.

Am 14. April 1986 haben sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft mit dem Appell an die amerikanische Regierung gewandt, keine Militäraktion gegen Libyen zu unternehmen. Washington hat mit seinem Vorgehen deutlich gemacht, welch geringes politisches Gewicht es der Europäischen Gemeinschaft und seinen europäischen Verbündeten beimißt. Und zwar auch denen, die in unmittel-

barer Nähe des Krisenherdes leben. Die Bundesrepublik ist darüber hinaus durch Washington noch zusätzlich bloßgestellt worden, da die Administration noch nicht einmal die Ankunft des auf dem Fluge nach Washington befindlichen Bundesaußenministers abgewartet hat. Ein derartiger Umgang mit den Verbündeten fügt der Allianz beträchtlichen Schaden zu, zumal die Aktion im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Stuttgart geplant wurde.

Die Europäer sind sich mit den Amerikanern in der Verurteilung des internationalen Terrorismus einig, der viele Opfer gefordert hat. Die Bundesrepublik hat unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern terroristischen Anschlägen und Drohungen mit Besonnenheit und Festigkeit widerstanden und dabei Erfolge erzielt. In gleicher Weise muß jetzt dem internationalen Terrorismus mit zusätzlichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen, mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit bei der Aufklärung derartiger Anschläge und der Bestrafung der daran Beteiligten begegnet werden. Wir Sozialdemokraten bieten unsere Unterstützung an.

Abschließend möchte ich bemerken:

Die Militäraktion ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Der Bombenangriff der Vereinigten Staaten hat den Tod auch unbeteiligter Menschen verursacht. Militäraktionen tragen nicht zur Überwindung des internationalen Terrorismus bei. Im Gegenteil: Sie werden den Terrorismus eher anstacheln und zu Solidarisierungen in der islamischen Welt führen. Die Militäraktion kann außerdem eine Eskalation auslösen, die sich der Kontrolle entzieht und den Weltfrieden in Frage stellt. Es ist jetzt notwendig, alles zu unternehmen, damit alle Beteiligten jeden Schritt vermeiden, der zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen würde.

Die Sorge um den Frieden und der Kampf gegen den Terrorismus erfordern gemeinsame Anstrengungen der Völker der freien Welt. Die jüngsten Erklärungen aus dem Nahen Osten lassen allerdings Schlimmes befürchten und ich wünsche mir für diesen Fall, daß diejenigen, die zum Handeln aufgerufen sind, ihr Handeln daran orientieren, was auf dem Spiel steht, nämlich der Frieden im Mittelmeerraum, ja der Frieden in der Welt.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Drucksachen 5546 und 5547)

Berichterstatte: Abg. Steiner (Österreich)

(Themen: Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie; Pressefreiheit; politische Parteien; Kontrolle der Gefängnisse; politische Gefangene)

Fischer (Battersfeld) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie viele andere demokratisch gesinnte Menschen überall in Europa verfolgen wir zusammen mit un-

seren türkischen Freunden in der Bundesrepublik die Entwicklung in der **Türkei** seit vielen Jahren — auch schon vor dem Putsch der Militärs — mit großer Sorge, oftmals auch mit Zorn und Entsetzen. Auch wir müssen zugestehen — ich habe mich davon bei vielen Besuchen in der Türkei selbst überzeugen können —, daß die Situation in der Türkei heute nicht mehr direkt vergleichbar ist mit der Zeit des offenen faschistischen Terrors in den Jahren nach dem Militärputsch, und ganz sicher hat dazu — neben dem Druck einzelner europäischer Länder — auch die Politik des Europarates gegenüber der Türkei beigetragen.

Nicht zuletzt hat auch die NATO selbst Druck auf die Türkei ausgeübt, um das schmachliche Bild, welches dieser heute noch wichtigere Südostpfeiler des Bündnisses in den letzten Jahren geboten hat, zumindest nach außen in einem etwas günstigeren Licht erscheinen zu lassen.

Sir Finsberg, ich bin einer der von Ihnen gewünschten Vertreter der GRÜNEN, aber ich fürchte, daß auch ich Sie mit meinem Beitrag nicht werde befriedigen können. Nach unserer festen Überzeugung kann nämlich von einer **Rückkehr der Türkei zu demokratischen Verhältnissen** nur sehr eingeschränkt gesprochen werden, nur dann, wenn man das Leben, die Vielfalt, die der Begriff Demokratie beschreibt, weitgehend aller Substanz, aller Inhalte beraubt und auf rein formaljuristische Aspekte beschränkt.

Es ist der Militärjunta und seit 1983 der Ziviljunta unter Ministerpräsident Özal gelungen, eine Fassade aufzubauen, die es den demokratischen Gesellschaften Europas erlaubt, ihre Blicke von der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Türkei abzuwenden und — wie es der Bericht von Herrn Steiner ganz am Schluß empfiehlt — mit einiger Beruhigung wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Meine Damen und Herren, wenn ich mit diesem Urteil auch vielleicht den einen oder anderen Delegierten hier im Saal brüskiere: ich nehme von meinem Urteil ganz ausdrücklich die vielen Freundinnen und Freunde in allen gesellschaftlichen Lagern in der Türkei aus, die sich die ganzen Jahre hindurch — oftmals unter großer persönlicher Gefahr — um die Rückkehr der Türkei zu wirklich demokratischen Verhältnissen bemüht haben. Diesen Menschen gebührt Dank und Anerkennung, nicht aber den Militärs, die sich, geködert mit zusätzlicher Waffenhilfe des westlichen Bündnisses, ausgestattet mit einer Vielzahl von — auch wirtschaftlichen — Privilegien, vorübergehend in die Kasernen zurückgezogen haben. Dank gebührt auch nicht den Technokraten um Ministerpräsident Özal, die seit 1983 mit einer Vielzahl von Knebelgesetzen die Herrschaft der militärischen und ökonomischen Machteliten — für sie selbst gewinnbringend — abgesichert haben, die das zarte Pflänzchen der türkischen Demokratie, von der Sie, Sir Finsberg, gesprochen haben, heute am Gängelband führen, während gleichzeitig die Allmacht und Allgegenwart der Militärs, der Polizei und des Geheimdienstes wie ein Damoklesschwert drohend über allen Menschen in der Türkei schwebt.

Das **Polizeigesetz** erlaubt auch in seiner neuesten Fassung willkürliche Verhaftungen über lange Zeiträume und gibt den Sicherheitsorganen eine Vielzahl von unkontrollierbaren Sondervollmachten.

Das **Gewerkschaftsgesetz** verhindert nach wie vor die Organisation wirklich freier, unabhängiger Gewerkschaften und macht das Streikrecht aller türkischen Arbeiter zur Farce.

Das **Universitätsgesetz** hat die Vertreibung und Verfolgung vieler demokratisch gesinnter Wissenschaftler nur nachträglich legalisiert und hat den türkischen Wissenschaftsbetrieb in einem nie bekannten Maße veröden lassen.

Auch das **Pressegesetz** hat nichts anderes zum Zweck, als die vorher willkürlich geübte Zensur auf eine sogenannte gesetzliche Basis zu stellen. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen gegen die Pornographie erlauben sogar zusätzliche willkürliche Eingriffe in die Pressefreiheit weit jenseits des vorgelassenen Kampfes gegen die sogenannte Verletzung des öffentlichen Anstandes.

Es ist richtig: Offener als je zuvor wird über Folter in den türkischen Polizeistationen und Gefängnissen berichtet und diskutiert. Daraus aber zu schließen, es werde heute nicht mehr systematisch gefoltert, ist eine Verhöhnung der Menschenwürde vieler einzelner Inhaftierter, deren entsetzliche Einzelgeschicksale uns auch aus jüngster Zeit bekannt sind.

Bis zu 80 % der nahezu 50 000 Strafgefangenen sollen in diesen Tagen amnestiert oder vorzeitig entlassen werden. Trotzdem leiden nach wie vor Tausende von Untersuchungsgefangenen unter entsetzlichen Haftbedingungen in türkischen **Militärgefängnissen**, müssen sie seit Jahren andauernde entwürdigende Massenprozesse, die den Bestimmungen eines fairen Verfahrens Hohn schreien, über sich ergehen lassen, droht Hunderten von Menschen nach wie vor der Vollzug der Todesstrafe.

Schließlich lobt der Bericht von Herrn Steiner die Beschränkung des Kriegsrechts auf 5 der 67 Provinzen. Leider vergißt der Bericht zu vermerken, daß diese 5 Provinzen den Kern der von der Türkei besetzt gehaltenen Teile Kurdistans bilden, in denen den **Kurden** seit den Tagen Atatürks alle, aber auch alle Minderheitsrechte vorenthalten werden, und zwar seitens aller früheren Regierungen, ob es sich dabei um sogenannte linke oder um rechte Regierungen gehandelt hat.

Mit wohlwollender Billigung der NATO führt das türkische Militär heute einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk und provoziert dort einen extremen Gegenterror, den wir ebenfalls nachhaltig verurteilen, während das Selbstbestimmungsrecht der Kurden den Sicherheitsinteressen des westlichen Bündnisses geopfert wird.

Eine Öffnung hin zu wirklicher Demokratie, einen Schlußstrich unter den jahrelangen staatlichen Terror, einen wirklich neuen Anfang wird es erst dann geben, wenn die türkische demokratische Öffent-

lichkeit eine alle politischen Gefangenen umfassende Generalamnestie erkämpft hat. Inneren Frieden in der Türkei wird es darüber hinaus erst dann geben können, wenn die Türken, ob links oder rechts, das bornierte kemalistische Staatsdogma von einem Volk und von einer Nation überwunden haben werden und ihren Minderheiten — neben den Kurden und anderen auch den Armeniern und den Griechen — ihre verbrieften Menschenrechte, ihr Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung zugestanden haben werden.

Nichts deutet bis heute in der Türkei auf eine derartige Einsicht hin. Deshalb kann ich bei aller guten Absicht und bei allem Respekt vor Herrn Steiner — ich nehme hier den Bericht von Herrn Stoffelen ausdrücklich aus — dem Bericht des Politischen Ausschusses nur bescheinigen, im falsch verstandenen Interesse Europas der Versuch eines Gefälligkeitsgutachtens und ein Alibi für den autoritären NATO-Eckpfeiler Türkei zu sein und zu unserem allergrößten Bedauern dabei mitzuhelfen, die in Wirklichkeit viel dramatischere Lage der Menschenrechte in der Türkei zu verschleiern.

Ich danke Ihnen.

Entschliebung 860 (1986)

betr. die Lage in der Türkei

Die Versammlung

1. erinnert an ihre zahlreichen früheren Beschlußtexte zur Lage in der Türkei, die zwischen Oktober 1980 (Empfehlung 904) und April 1985 (Entschliebung 840) verabschiedet wurden;
2. hat den Bericht ihres Politischen Ausschusses (Dok. 5546) und die Stellungnahme ihres Rechtsausschusses (Dok. 5547) geprüft, die sich auf die Informationsreise der jeweiligen Berichterstatter in der Türkei vom 11. bis zum 15. März 1986 stützen;
3. stellt mit Genugtuung fest, daß die Große türkische Nationalversammlung auch im Sinne der Entschliebung 822 (1984) und der Entschliebung 840 (1985) handelt, wenn sie
 - i) sich weiterhin bemüht, die Aufhebung des Kriegsrechts zu erreichen, das nunmehr nur noch in fünf der 67 türkischen Provinzen, die im äußersten Osten des Landes liegen, in Kraft bleibt;
 - ii) ein Gesetz gebilligt hat, das in einigen Punkten einer Amnestie gleichkommt, in dem es die bedingte Freilassung von verurteilten Gefangenen vorsieht und eine Haftreduzierung um 60 % zur Folge hat;
 - iii) im vergangenen Jahr keine Todesurteile mehr bestätigt hat;
4. begrüßt ferner die Zusicherung der Regierung, daß die Staatsanwaltschaft gehalten ist, allen Behauptungen über angebliche Folterungen und Mißhandlungen, die teilweise öffentlich von der Tribüne der Großen Nationalversamm-

lung erhoben wurden, systematisch nachzugehen und stellt fest, daß entsprechend der gültlichen Regelung, die am 7. Dezember 1985 zwischen den fünf beschwerdeführenden Staaten und der Türkei erzielt wurde, weitere Fortschritte sowie die fortlaufende Unterrichtung der Europäischen Kommission für Menschenrechte vorgesehen sind in bezug auf:

- Haftbedingungen und Haftverfahren
- größere Verwirklichung der persönlichen Rechte und Freiheiten
- die Frage einer Amnestie;

5. nimmt den Bericht und die Vorschläge zur Kenntnis, die der Parlamentarische Ausschuß zur Untersuchung der Lage in den Gefängnissen unter Vorsitz von Herrn Bulent Akarcali am 22. November 1985 dem Sprecher der Großen Nationalversammlung unterbreitet hat und die u. a. verbesserten Zugang zu Anwälten und die Erleichterung von Familienbesuchen vorsehen, und vermerkt den Beschluß des Ausschusses, seine Arbeit fortzusetzen;
6. nimmt die vor kurzem erfolgte Aufhebung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Kenntnis, die durch das Gesetz Nr. 2969 vom November 1983 hinsichtlich der Veröffentlichung von Meinungsäußerungen führender Politiker aus der Zeit vor dem 12. September 1980 vorgesehen waren, in der Praxis jedoch durch eine lebhaft und kritische Presse bereits weitgehend mißachtet wurden, und stellt ferner die Beunruhigung der Presse und der linken und rechten Oppositionsparteien über ein neues Gesetz fest, das unklare Bestimmungen über „schädliche Veröffentlichungen“ enthält;
7. nimmt zur Kenntnis, daß die Überarbeitung der türkischen Strafgesetzzordnung durch eine 25köpfige aus Juristen und Hochschulangehörigen bestehende Kommission Fortschritte macht;
8. nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die türkische Regierung weiterhin die Anerkennung des Rechts auf Individualbeschwerde (Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention) erwägt, und äußert die Hoffnung, daß es zu einem baldigen positiven Beschluß kommt;
9. begrüßt den offenkundigen Wunsch der türkischen Regierung und des türkischen Volkes nach einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zu den europäischen Organisationen;
10. äußert erneut ihre tiefe Besorgnis über die Fortsetzung der Massenprozesse gegen Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes DISK und der Türkischen Friedensvereinigung;
11. äußert die Hoffnung, daß die türkische Regierung und die Große Nationalversammlung weitere Maßnahmen ergreifen werden,
 - i) um den Kampf gegen Folter und entwürdigende Behandlung zu verstärken;

- ii) um all denjenigen eine Amnestie zu gewähren, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt oder verurteilt wurden, und dabei alle Möglichkeiten, die es — abgesehen von einer Verfassungsänderung — gibt, voll auszuschöpfen;

- iii) um weitere Fortschritte in Richtung auf die erforderliche uneingeschränkte Bestätigung des politischen Pluralismus und der Menschenrechte, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, auch innerhalb der Gewerkschaften, zu erzielen;

12. beschließt, diese Entschließung dem Europäischen Parlament zu übermitteln, und weist ihren Politischen und ihren Rechtsausschuß an, weiterhin die Entwicklung der Lage aufmerksam zu verfolgen.

Freitag, 25. April 1986

Tagesordnungspunkt:

Die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den ethnischen Gemeinschaften in Europa

(Drucksache 5539)

Berichterstatte: Abg. Eijnsink (Niederlande)

(Themen: Bisherige Behandlung des Themas in der Versammlung; die Lage der Ausländer und Minoritäten; Europajahr oder Europatage?)

Empfehlung 1034 (1986)

betr. die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den ethnischen Gemeinschaften in Europa

Die Versammlung

1. erinnert an die am 14. Mai 1981 vom Ministerkomitee angenommene „Erklärung über Intoleranz, — eine Gefahr für die Demokratie“, sowie an ihre Empfehlung 968 (1983) betr. die ausländerfeindlichen Haltungen und Bewegungen in den Mitgliedstaaten gegenüber Wanderarbeitnehmern;
2. unterstreicht das Interesse, daß die vom Europäischen Jugendzentrum im Dezember 1980 organisierte Konferenz über Intoleranz in Europa, die von der Versammlung im März 1984 durchgeführte Diskussion zum Thema „Ausländer in Europa, eine Gefahr oder ein Vorteil?“, sowie das vom Lenkungsausschuß für innereuropäische Wanderbewegungen im November 1984 veranstaltete Seminar „Einer aktiven multi-ethnischen Gesellschaft entgegen“, in der Öffentlichkeit und insbesondere bei den Jugendlichen hervorgerufen haben.

3. Ist beunruhigt über die Ausnutzung ausländerfeindlicher und rassistischer Themen zu wahltaktischen Zwecken durch politische Gruppierungen und Politiker sowie über die Mißachtung von Menschenrechten, deren Verteidigung vornehmste Aufgabe des Europarates ist;
4. weist darauf hin, daß
 - i. sich die Medien auf dramatische Ereignisse konzentrieren, denen rassistische und ausländerfeindliche Haltungen zugrundeliegen können, und dabei positive Erfahrungen des Zusammenlebens vernachlässigen,
 - ii. dadurch in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild von der Situation der zwischengemeinschaftlichen Beziehungen entstehen kann;
5. stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der Ausländer, die seit mehreren Jahren in Europa leben, sich nicht für die Rückkehr in ihr Heimatland entscheidet, obwohl einige Aufnahmeländer Politiken praktizieren, die zu einer Rückkehr ermutigen sollen;
6. vertritt die Auffassung, daß
 - i. Politiken, die die Abschaffung jeder Art von Diskriminierung in der nationalen Gesetzgebung fördern sollen, nur dann wirksam sein können, wenn sie mit einer Änderung der Denkungsarten einhergehen, die das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften ermöglicht;
 - ii. die Eintracht unter diesen Gemeinschaften nur das Ergebnis sozialen, kulturellen und erzieherischen Handelns sein kann;
7. weist darauf hin, daß den Bemühungen auf nationaler und kommunaler Ebene, deren Ziel die Erziehung zu Toleranz und gegenseitigem Verständnis zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften ist, größtmögliche Publizität verliehen werden sollte;
8. beabsichtigt, im Jahre 1987 eine Reihe von Europäischen Tagen zu veranstalten, die die in den verschiedenen Mitgliedsländern ergriffenen konstruktiven Initiativen und Maßnahmen weiter fördern;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, bestehende oder neu einzurichtende nationale Ausschüsse mit der Aufgabe zu betrauen,
 - a) Initiativen zu ergreifen — und bereits bestehende gegebenenfalls weiterzuentwickeln —, die auf eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften abzielen;
 - b) bis zum Frühjahr 1987 eine Bilanz ihrer Aktivitäten aufzustellen und diese bei den im vorangegangenen Absatz genannten Europäischen Tagen vorzulegen.

Tagesordnungspunkt:

Überalterung der Bevölkerung in Europa: wirtschaftliche und soziale Folgen

(Drucksache: 5544)

Berichterstatte:

Abg. Böhm (Bundesrepublik Deutschland)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen, meine Kollegen! Von der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko ging einmal mehr der Ruf nach Maßnahmen gegen die rapide Expansion der Weltbevölkerung aus. Dies war der Anlaß für diesen Bericht, denn bei genauerem Hinsehen ergibt sich nämlich ein sehr differenziertes Bild der **Bevölkerungsentwicklung** in den verschiedenen Teilen der Welt: Bevölkerungsexplosionen in den weniger entwickelten Ländern und stagnierende bis zum Teil dramatisch abnehmende Bevölkerungszahlen in den meisten hochindustrialisierten Industriestaaten kennzeichnen ein zunehmendes Ungleichgewicht.

Wie verläuft die erwartete Bevölkerungsentwicklung in den 21 Mitgliedstaaten des Europarates, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine vorausschauende Politik, die über die jeweiligen Wahltermine hinausdenkt und der weltweiten Verantwortung der demokratischen Staaten Europas gerecht wird?

Dabei ist nicht einmal in erster Linie der erwartete Rückgang der absoluten Bevölkerungszahlen entscheidend — z. B. in der Bundesrepublik Deutschland von über 61 Millionen auf 58 Millionen Einwohner um die kommende Jahrhundertwende und auf rund 46 Millionen nochmals 30 Jahre später —, der das dramatische Geschehen darstellt, sondern es sind noch mehr die sehr nachhaltigen Veränderungen in der Altersstruktur mit dem enormen Anwachsen der älteren Bevölkerung. Unser Jahrhundert wurde an seinem Beginn als das „Jahrhundert des Kindes“ aufgerufen. Es geht als das „Jahrhundert der alten Menschen“ zu Ende.

Das verlangt von der Politik zweierlei Maßnahmen: zum einen eine aktive **Familienpolitik** mit dem Ziel, daß die Entwicklungen nicht in der jetzt zu erwartenden Dramatik eintreten, und zum anderen, daß das Potential der alten Menschen als eines immer größer werdenden Teils der Gesellschaft in die Gesellschaft einbezogen und in ihr aktiviert wird.

Wichtig ist dabei die Erkenntnis, daß die nächsten zehn Jahre noch relativ günstige Vorbedingungen bieten, um einen Übergang zu einer ausgeglicheneren Bevölkerungsentwicklung zu erreichen. Ob Europa infolge der niedrigeren Geburtenzahlen zum halbbesetzten Altersheim der Welt wird und seine Freiheit und seine Demokratie durch eine **Überalterung seiner Bevölkerung** in Gefahr gerät, weil soziale Spannungen, die daraus rühren, unübersehbare Gefahren mit sich bringen, oder ob es gelingt, diese Probleme zu meistern: das ist die Frage an die Handlungsfähigkeit unserer demokratischen Staaten.

Der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing formulierte 1980 den klassisch zu nennenden Satz — ich zitiere —:

Die Bevölkerungswissenschaft schreibt die Zukunft mit 20 bis 30 Jahren Vorsprung nieder, aber es ist schwer, ihr zu glauben, solange wir durch die Gegenwart geblendet sind.

Nun, die Bevölkerungswissenschaft hat ihre Arbeit getan. Es ist an den Verantwortlichen in der Politik, sich nicht von der Gegenwart blenden zu lassen, sondern die Verantwortung der lebenden Generationen für das Überleben der europäischen Völker wahrzunehmen.

Betrachtet man die Situation in den Staaten des Europarates, so sehen wir — grob gesprochen — zwei Gruppen von Ländern: solche, die schon „überaltert“ sind, und solche, die es noch sein werden. Die Tabelle — „Population distribution on three age groups 1980, 2000 and 2020 — Percentages of total population“, die in diesem Bericht aufgeführt ist — gibt Auskunft darüber.

Heute haben in Europa die Bundesrepublik Deutschland und Schweden die ältesten Bevölkerungen und Irland und die Türkei die jüngsten. Bei einer langfristigen Betrachtung ist jedoch zu erkennen, daß das Schicksal des Alterwerdens auch den heute noch jüngsten vorgezeichnet ist.

Ganz zweifellos zwingen die vorliegenden Zahlen zu Gedanken über die Einbettung der nationalen Bevölkerungsentwicklungen in den größeren europäischen Zusammenhang. In einer großräumigen Sicht wird das, was sich als national-staatliche extreme Lage darstellt, unversehens in den Charakter eines regionalen Unterschiedes geraten. Es ist einsichtig, welcher ungeheure Problemdruck für alle beteiligten Staaten und damit insgesamt für Europa heranwächst. Jeweils abgestuft nach dem Grad der fortgeschrittenen, aber — wie gesagt — langfristig allen europäischen Staaten bevorstehenden Entwicklung, zeigen sich heute schon geschlossene Kindergärten, nur noch halb besetzte Grundschulen, Lehrstellenmangel und fehlende Studienplätze und Arbeitslosigkeit als Folgen der Strukturverschiebungen in der Bevölkerungsentwicklung.

Diese widersprüchlich erscheinenden Phänomene verführen immer wieder zu kurzfristigen politischen Antworten und dazu, die strukturell notwendigen langfristigen Antworten nicht zu geben.

Langfristig sind im wirtschaftlichen Bereich die Abnahme der Zahl der Konsumenten und die Umstrukturierung zugunsten von Käuferschichten mit höherem Durchschnittsalter ebenso zu beachten wie die stärkere Ausrichtung auf Dienstleistungen. Die Freiheit der Älteren und ihr Anspruch, Alterssicherheit zu überwinden, werden im ökonomischen Bereich große Beachtung zu finden haben. Die Wohnungswirtschaft wird nicht nur aus dem sinkenden Investitionsbedarf, sondern auch aus der Tatsache immer kleiner werdender Haushalte ihre Folgerungen zu ziehen haben.

Die stärksten Auswirkungen werden sich am Arbeitsmarkt zeigen, wo neue Formen der Beschäfti-

gung für ältere Arbeitsuchende und der Anpassung an neue Produktionsmethoden angeboten werden müssen. Reformen der Rentenversicherungen, steigende Kosten des Gesundheitswesens und Umgestaltungen im Bildungswesen werden im staatlichen Bereich neue Antworten verlangen.

Neben der Bereitschaft, neue Wege zum Ausgleich zwischen Jung und Alt zu gehen, bedarf es neuer Anreize, um gegen den Trend zur Überalterung anzugehen und die erwartete Entwicklung abzumildern.

Meine Damen und Herren, Familienpolitik soll nicht — und kann nicht — Frauen zwingen, mehr Kinder zu haben, als sie wünschen. Familienpolitik soll vielmehr Schranken wegräumen, die es heute noch in großem Maße gibt und die Ehepaare dazu zwingen, weniger Kinder zu haben, als sie gern haben möchten.

Größere Steuergerechtigkeit, finanzielle Hilfen für Familien mit mehr als einem Kind, Hilfen zur Reintegration von Müttern in den Beruf nach der Kindererziehung und Erleichterungen, Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren, sind Schritte auf diesem Weg.

Heute lebt im europäischen Raum die älteste Bevölkerung der Welt. Europa benötigt eine ausreichende Anzahl junger Menschen zur Sicherung des erfolgreichen Anwachsens von neuer Leistungsfähigkeit und Erfindungsgeist in unseren Wirtschaftssystemen und zur Vermeidung einer zu starken Unausgewogenheit in der altersmäßigen Zusammensetzung unserer Bevölkerungsgruppen. Eine konstante wirtschaftliche und soziale Dynamik in unserem europäischen Raum sowie neuerungsbewußtes Verhalten zur Begrenzung der Überalterung sind in Zukunft wesentlich, auch damit wir den Entwicklungsländern in ihrem eigenen demographischen Überalterungsprozeß zu Hilfe kommen können, der sich infolge der in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführten Programme zur Geburtenbeschränkung und zur Drosselung des Bevölkerungswachstums erwartungsgemäß um das Jahr 2025 zum erstenmal ernsthaft bemerkbar machen wird.

Meine Damen und Herren, Europa muß die Herausforderung annehmen, die das zunehmende Alter seiner Bevölkerung bedeutet, wenn es seinen Platz in der Welt behalten will und wenn es in der Welt seine großen Aufgaben erfüllen will.

Ich danke Ihnen.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! In einer kaum je dagewesenen eindringlichen Weise wirft der Bericht der Flüchtlings- und Bevölkerungsbewegungskommission und des Kollegen Wilfried Böhm bezüglich der **Überalterung unserer Bevölkerung** die Frage nach einer besseren Familienpolitik auf. Es ist das große Verdienst der Kommission und des Berichterstatters, diese Probleme so gründlich angeschnitten zu haben. Ich möchte ihnen dafür ganz herzlich danken.

Wenn ich mich speziell den Aspekten der **Familienpolitik** zuwende, dann tue ich das aus der Erfahrung eines Familienvaters mit fünf Kindern heraus, der auch aus persönlicher Erfahrung weiß, wovon

er spricht, wenn er dieses Thema anschneidet. Die erschreckende Abnahme der Kinderzahl in unseren Völkern hat eine Vielzahl von Ursachen. Aber zwei Ursachen verdienen hier besonders hervorgehoben zu werden.

Die erste Ursache ist die außerordentliche soziale Degradierung der Familie mit Kindern, die auf allen Einkommensstufen eintritt. Ob es der Hilfsarbeiter oder der Professor ist, jeder, der drei, vier oder mehr Kinder hat, ist gegenüber seinen Kollegen, seinen Gruppenangehörigen degradiert und kann seinen persönlichen Lebensstil viel weniger ausbauen, als es der Kollege ohne Kinder oder mit weniger Kindern kann.

Die zweite Ursache ist die außerordentliche Unsicherheit in der Altersversorgung unserer Mütter. Es liegt auf der Hand, daß sich eine Mutter mit mehreren Kindern eine ganze Zeitlang der Erziehung dieser Kinder gewidmet hat, während sie nicht arbeiten konnte, und deswegen auch eine schlechtere persönliche **Alterssicherung** hat, die natürlich wiederum auch mit dem modernen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht in unseren Ländern zusammenhängt. Oft ist eine Frau hinsichtlich der Alterssicherung, die ihr Mann aufgebaut hat, darauf angewiesen, nach der Scheidung die Alterssicherung mit der späteren Frau ihres Mannes zu teilen.

All diese Probleme haben die aufgezeigte Situation heraufbeschworen. Verständlicherweise empfinden daher viele Frauen es als eine ganz große Lebensbelastung, viele Kinder großzuziehen. Die genannten Hauptursachen müssen wir ins Auge fassen.

Was kann an Abhilfe geschaffen werden? Der Bericht führt eine Fülle von Möglichkeiten auf. Ich möchte drei Möglichkeiten nennen, die bei uns in der Bundesrepublik Deutschland besonders in den Vordergrund der politischen Überlegungen getreten sind.

Erstens nenne ich die bessere Dotierung von Kindern, sei es über die Steuer, sei es über direkte Einkommenszuwendungen.

Zweitens ist die Anerkennung von **Erziehungsjahren bei der Rentenversicherung** der Frauen und Mütter zu nennen. Hier liegt in meinen Augen eine ganz entscheidende Aufgabe. Denn es ist eine krasse Ungerechtigkeit, wenn eine Frau, weil sie drei, vier oder fünf Kinder großzieht, eine geringere Alterssicherung hat, aber praktisch die Rente einer anderen Frau finanziert. Die Kinder, die die Mutter großgezogen hat, zahlen ja nachher Geld in die Rentenkasse. Demgegenüber ist eine Frau, die keine Kinder hat und die ganze Zeit berufstätig war und daher eine gute persönliche Altersrente bezieht, darauf angewiesen, daß noch Beitragszahler, sprich: Kinder, da sind, die die Rentenmittel aufbringen.

Die hierin liegende grobe Ungerechtigkeit kann nur beseitigt werden, wenn die Erziehungsjahre bei der persönlichen Bemessung der eigenen Rente einer Frau so anerkannt werden, als hätte sie in diesen Jahren gearbeitet und Beiträge gezahlt.

Drittens haben wir ein **Erziehungsgeld** geschaffen. Es soll auch noch ausgebaut werden. Es wird ein Jahr lang nach der Geburt gezahlt und soll vielleicht auch noch im zweiten und gar im dritten Jahr gezahlt werden. Ich füge hinzu, daß dieses Geld nicht nur einer Frau, sondern auch einem Mann gezahlt wird, wenn er sich der Erziehung der Kinder widmet. Allgemein gesprochen, wird das Erziehungsgeld dem Elternteil gezahlt, der sich, anstatt zu arbeiten, zu Hause der Erziehung seiner Kinder widmet.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Maßnahmen sind notwendig, wenn wir eine Veränderung haben wollen. Wir brauchen eine Veränderung des Geburtenverhaltens unserer Bevölkerung, wenn wir jener Zukunft entgegen wollen, die der Bericht so verdienstvoll aufzeigt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Problem der Pflegebedürftigkeit sagen. Es ist ebenfalls ein aus der Überalterung entstandenes ungeheuer gewichtiges Problem. Dafür gibt es keine Einheitslösungen und darf es nicht geben. Vor allem warne ich vor einer Einheitspflegeversicherung. Diese würde nur dazu führen, daß auf der einen Seite neue Belastungen auf den verdienenden Arbeitnehmer, aber auch auf seinen Arbeitgeber zukämen und auf der anderen Seite die Pflegeplätze und Pflegestellen, die heute schon überfüllt sind, noch stärker in Anspruch genommen würden. Denn jeder, der ein Recht auf solche Versicherungen durch laufende Pflichtbeiträge erwirbt, will natürlich nachher das Recht auch in Anspruch nehmen und seinen Großvater oder seine Großmutter in Pflegeplätze bringen, wenn sie pflegebedürftig geworden sind.

Statt dessen brauchen wir variable Lösungen dieses Problems. Es kann durchaus eine **Pflegeversicherung** abgeschlossen werden. Sie kann sinnvoll sein; nur darf man sie nicht jedem durch Gesetz verpflichtend auferlegen. Es können aber auch andere Maßnahmen sein, vor allem die Erleichterung der Lasten für die Familien, die bereit sind, eben nicht nur als Zwei-Generationen-Familien, sondern auch als Drei-Generationen-Familien auch die ältere, die Generation der Großväter und Großmütter bei sich aufzunehmen und — sofern möglich — im Pflegefall auch zu versorgen und zu pflegen. Hier kann durchaus geholfen werden, sei es durch direkte Einkommensübertragungen wie ein Pflegegeld oder durch Freibeträge bei der Besteuerung, um den Familien so einen entsprechenden Anreiz zu schaffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich damit schließen, daß ich sage: Ohne gesunde Familien ist das Problem der Überalterung unserer Gesellschaft in all unseren Mitgliedstaaten überhaupt nicht zu lösen. Dessen muß sich auch diese unsere Versammlung bewußt sein. Deswegen müssen wir, wollen wir die große Herausforderung dieser Überalterung der Bevölkerung bestehen, der Familienpolitik wieder einen Platz ganz, ganz vorn auf der Prioritätenliste unserer Arbeit im Europarat geben. Um diese ihre Priorität bitte ich Sie, meine Damen und Herren. Damit sie deutlich und sichtbar wird, bitte

ich auch um Zustimmung zu dem Bericht der Kommission.

Vielen Dank.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte nur eine kurze Bemerkung machen, und zwar möchte ich all denjenigen herzlich danken, die in dieser Debatte gesprochen und zum Ausdruck gebracht haben, daß das hier heute angeschnittene Thema ein Thema ist, das von allen Kollegen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gewürdigt wird.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich auch für die gute Zusammenarbeit mit den Kollegen aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuß. Es wurde eben bereits angedeutet, daß die Änderungsanträge, die gleich zu behandeln sein werden, noch heute morgen in einer Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen nahezu sämtlich — ich glaube, bis auf eine Ausnahme — harmonisch behandelt werden konnten, so daß wir hier schnell zu einmütigen Entscheidungen kommen können; jedenfalls möchten wir Ihnen das vorschlagen.

Herr Präsident, ich möchte mich jetzt nicht noch einmal der Sache zuwenden, sondern es bei diesem Dank an alle bewenden lassen.

Ich danke Ihnen.

Empfehlung 1035 (1986)

betr. Überalterung der Bevölkerung in Europa: wirtschaftliche und soziale Folgen

Die Versammlung

1. nimmt Bezug auf ihre Entschließung 585 (1975) betr. die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Überalterung der Bevölkerung in Europa;
2. ist sich bewußt, daß
 - a) infolge der Verbesserung des Gesundheitswesens und der Lebensbedingungen sowie der gesunkenen Geburtenrate die Überalterung der Bevölkerung in den meisten europäischen Ländern im Laufe der letzten 100 bis 150 Jahre kontinuierlich zugenommen hat, wenngleich zu berücksichtigen ist, daß die Sterblichkeitsraten weiterhin beträchtlich in bezug auf Land, Geschlecht und berufliche Gruppierungen schwanken;
 - b) die Statistiken selbst in Ländern wie Irland und der Türkei, in denen die Geburten- und Sterberaten höher waren, für den Zeitraum von 2000—2020 ähnliche Tendenzen wie in den anderen Mitgliedstaaten aufweisen;
 - c) für den Zeitraum 1990—2020 in 16 Ländern ein Rückgang der Altersgruppe 15—45jähriger zu erwarten ist;
 - d) im ungefähr selben Zeitraum folgende Tendenzen erkennbar sind:
 - i. man erwartet für die Altersgruppe der 45—60jährigen einen Zuwachs von 20% und mehr, für die Altersgruppe der 65jäh-

rigen und älteren einen Zuwachs von 15 bis 20%;

- ii. der Zuwachs der sehr alten Menschen (80 Jahre und älter) wird unverhältnismäßig groß sein und einem Drittel der Größe dieser Gruppe entsprechen;
 - iii. die Geburtenraten der Wanderarbeitnehmer werden sich auf diejenigen der einheimischen Bevölkerung zubewegen;
- e) der Prozentsatz der erwerbstätigen Bevölkerung (20—65 Jahre), der dank der Bevölkerungsexplosion der Nachkriegszeit in den nächsten beiden Jahrzehnten ausreichen wird, sich danach rapide verschlechtert;
3. vertritt die Auffassung, daß sich die Tendenzen zu einer höheren Lebenserwartung aufgrund der im Bereich des Gesundheitswesens erfolgten Fortschritte bestätigen werden und daß demzufolge in naher Zukunft entsprechende Politiken für folgende Altersgruppen zu treffen sind:
 - i. die Altersgruppe der 45—60jährigen, die in den nächsten beiden Jahrzehnten den größten Bevölkerungsanteil ausmachen und mit einem Klima des schnellen wirtschaftlichen und technologischen Wandels in einem Lebensstadium konfrontiert sein wird, in dem aus verschiedenen Gründen eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber Veränderungen besteht;
 - ii. die alten Menschen, deren rasch steigende Zahl sich nachhaltig auf den nationalen Haushalt im Gesundheitswesen auswirken wird;
 4. betont, daß der in zehn Ländern angekündigte Geburtenrückgang, der sich von jetzt bis zum Jahr 2000 auf 29% belaufen soll:
 - i. die auf einer höheren Lebensdauer beruhende Überalterung verstärken und infolge der zunehmenden Abhängigkeit der nichterwerbstätigen Bevölkerung zu schwerwiegenden Ungleichgewichten in den nationalen Haushalten führen würde;
 - ii. einen bedeutenden Wandel des Konsumverhaltens, in bezug auf Güter und Dienstleistungen zur Folge haben würde;
 5. nimmt zur Kenntnis, daß für das bevölkerungsstatistische Gleichgewicht eine Geburtenrate von 2,1 pro Familie erforderlich wäre;
 6. ist sich bewußt, daß die in mehreren Ländern geltenden Gesetze die Ehepaare nicht dazu ermuntern, mehr als zwei Kinder zu haben;
 7. erkennt an, daß den Bedürfnissen großer Familien heute andere Lebensstatsachen entgegenstehen wie z. B.:
 - i. der Wandel der Familienstrukturen und die Rolle der Geschlechter, die dazu führen, daß die Menschen höhere Ansprüche stellen hinsichtlich ihrer Berufsaussichten und verbesserter Möglichkeiten, Beruf und Verantwort-

- tung in der Familie während dieser Übergangsphase miteinander zu vereinbaren;
- ii. ein pessimistisches Zukunftsbild, hervorgerufen durch das Risiko der chronischen Arbeitslosigkeit und, weit schlimmer, durch die Drohung eines apokalyptischen Krieges;
8. ist der Überzeugung, daß die Politiken im Sozial-, Wirtschafts- und Erziehungsbereich kurzfristig sein werden, falls sie die demographischen Tendenzen außer Acht lassen;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, Vorsorge zu treffen für die Auswirkungen
- a) des Rückgangs der Geburtenrate, durch Verwirklichung einer aktiveren, von folgenden Richtlinien geleiteten Familienpolitik:
- i. Verteilung der Lasten zwischen Ehepaaren mit Kindern und kinderlosen Ehepaaren;
- ii. verstärkte finanzielle Unterstützung von Familien mit Kindern, insbesondere von Familien mit zwei oder mehr Kindern;
- iii. Verbesserung der praktischen und finanziellen Möglichkeiten für Frauen, die es ihnen erlauben, familiäre Verantwortungen und Beruf miteinander zu vereinbaren, insbesondere durch Schaffung von mehr Plätzen in Kinderhorten und Vorschuleinrichtungen;
- iv. Eröffnung von Möglichkeiten für Mutter und Väter, falls sie dies wünschen, nach langer Unterbrechung wieder ins Berufsleben zuzückzukehren;
- b) des zahlenmäßigen Anstieges von Personen mittleren Alters, und seiner Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt;
- i. durch konkrete Ausgestaltung der ständigen Weiterbildung, die insbesondere Erwachsenen im Hinblick auf eine sich in schnellem Wandel befindliche technologische Umwelt zu gewähren ist;
- ii. durch Maßnahmen für Ausbildung und Wiedereingliederung ins Berufsleben in verschiedenen Lebensabschnitten;
- iii. durch entschlossene Anwendung der Bestimmungen von Empfehlungen 948 (1982) der Versammlung betr. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Absatz 16 (VII), a und b (s. Anhang), und der Empfehlung 981 (1984) über die Beschäftigung in Europa, Absatz 16, X, a (s. Anhang);
- c) des zahlenmäßigen Anstiegs von Personen in hohem Alter:
- i. durch Sicherstellung hinreichender Mittel für jeden und durch wohlwollende Prüfung einer Verallgemeinerung der Alters- und Invaliditätszuwendungen im Hinblick auf die Garantie eines Mindesteinkommens unter Berücksichtigung der Leistungen eines jeden an öffentliche und private Sozialversicherungsträger;
- ii. durch Maßnahmen zur Integrierung der alten Menschen in die Gemeinschaft, zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Teilnahme am sozialen und öffentlichen Leben, insbesondere durch Förderung der Dezentralisierung von Machtentscheidungen;
- iii. durch verstärktes Bemühen um Gesundheitspflege und Vorsorge für die alten Menschen, sowie um ihre Wiederaanpassung — Heime und Krankenhäuser sind denjenigen vorzubehalten, die intensiver ärztlicher Pflege bedürfen, und die ambulante Behandlung ist zu unterstützen und mit Hilfe von örtlichen Stationen zu erleichtern;
- iv. indem man den Menschen durch gemeinnützige Einrichtungen und entsprechende Bestimmungen bei Steuern und Sozialleistungen hilft, sich um ihre alten Familienmitglieder zu kümmern;
- v. indem man denjenigen alten Leuten, die dies wünschen, die Fortsetzung eines unabhängigen Lebens in der eigenen Wohnung vermittelt sozialer Dienste erleichtert;
- vi. indem man in städtebaulichen Plänen und Programmen zur Verbesserung von Einrichtungen die besonderen Bedürfnisse alter Menschen vorrangig berücksichtigt, die übrigens zur Mitwirkung an Entwürfen zur Verbesserung von Wohnungen und Umgebung aufzufordern sind;
- vii. durch Förderung von Aktionen auf freiwilliger Basis, Hilfsvereinen und Selbsthilfeorganisationen für alte Menschen.